

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Große Anfrage der Abgeordneten René Springer, Jürgen Pohl, Gerrit Huy, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/11316 –**

Sozialstaat und Nachhaltigkeit der Zuwanderung

Vorbemerkung der Fragesteller

Das Konzept der nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen hat seinen Ursprung in Sachsen und ist über 300 Jahre alt; siehe Carl von Carlowitz, 1713, Sylvi-cultura oeconomica (www.bmel.de/DE/themen/wald/wald-in-deutschland/carlowitz-jahr.html). Im Laufe der Zeit wurde das Handlungsprinzip der Nachhaltigkeit von der Forstwirtschaft auf andere Wirtschaftszweige und schließlich auf unsere Lebensweise übertragen. Dabei hat es eine Bedeutungserweiterung erfahren: Einige Grundgedanken der nachhaltigen Forstwirtschaft lassen sich nach Auffassung der Fragesteller auch auf die moderne Sozial- und Zuwanderungspolitik anwenden, zum Beispiel auf die langfristige Planung unter Berücksichtigung der kommenden Generationen und den damit einhergehenden Verzicht auf Raubbau oder kurzfristigen Gewinn.

Der Sozialstaat und die Nachhaltigkeit der Zuwanderung sind eng miteinander verbunden. Ein stabiler Sozialstaat muss bei der Zuwanderung nach Auffassung der Fragesteller alle langfristigen Auswirkungen auf die Gesellschaft in Betracht ziehen, insbesondere die fiskalischen Effekte. Die Frage nach den fiskalischen Auswirkungen ist dabei politisch weder „rechts“ noch „links“ zu verorten. Sie ist vielmehr für die öffentliche Debatte essenziell, da sie für die nötige Transparenz sorgt und als sachliche Grundlage für politische Entscheidungen dient, die auf objektiven Fakten basieren sollten. Dies gilt insbesondere für die Zuwanderung, da sie zu irreversiblen Veränderungen führen kann; eine größtmögliche Transparenz und Analyse der objektiven Fakten sowie eine Projektion der fiskalischen Effekte in die Zukunft sind deshalb zwingend erforderlich.

Eine bereits vorliegende aktuelle Analyse über die fiskalischen Effekte der Zuwanderung kommt zu einem negativen fiskalischen Ergebnis. Laut der Studie der Stiftung Marktwirtschaft „Ehrbarer Staat? Fokus Migration – Zur fiskalischen Bilanz der Zuwanderung“ von Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Dr. Stefan Seuffert und Florian Wimmesberger (www.stiftung-marktwirtschaft.de/fileadmin/user_upload/Argumente/Argument_173_Ehrbarer_Staat_2024_WEB_neu.pdf) kann die Zuwanderung die Probleme des deutschen Steuer- und Sozialsystems nicht lösen. Im Gegenteil: Sie belastet das System gesamtwirtschaftlich mit 5,8 Billionen Euro. In einem Szenario ohne zukünftige Zuwanderung läge demnach die Finanzierungslücke bei 13,4 Billionen Euro, mit

zukünftiger Zuwanderung bei 19,2 Billionen Euro. Die Studie geht dabei von rund 300 000 Zuwanderern pro Jahr aus, die nach rund sechs Jahren in den Arbeitsmarkt integriert sind. Selbst wenn zusätzlich 100 000 qualifizierte Fachkräfte angeworben werden würden, bliebe die „Nachhaltigkeitslücke“ laut Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen weiterhin negativ; die Zuwanderung wäre somit nicht nachhaltig und würde zu hohen volkswirtschaftlichen Verlusten führen (www.bild.de/politik/inland/politik-inland/brisante-migrationsstudie-so-viel-kostet-uns-die-zuwanderung-86695788.bild.html). Professor Dr. Bernd Raffelhüschen kommentiert die bisherige Migrationspolitik daher wie folgt: „Machen wir weiter wie bisher, sind wir dumm wie Stroh“ (www.bild.de/politik/inland/politik-inland/brisante-migrationsstudie-so-viel-kostet-uns-die-zuwanderung-86695788.bild.html) und fordert eine andere Zuwanderungspolitik.

Die niederländische Studie „Grenzenloser Wohlfahrtsstaat: Folgen der Einwanderung für die öffentlichen Finanzen“ von MPA Gerrit Kreffer, Dr. Jan Van De Beek, Hans Roodenburg und Prof. em. Dr. Joop Hahrtog (www.researchgate.net/publication/371951520_Grenzeloze_Vorzorgingsstaat_De_Gevolgen_van_Immigratie_voor_de_Overheidsfinancien) analysiert die finanziellen Integrationsbilanzen auf Grundlage der verschiedenen Herkunftsregionen der Zuwanderer und untersucht deren Beitrag zu den öffentlichen Finanzen in den Niederlanden. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass die Zuwanderung aus nicht-westlichen Ländern hohe Kosten verursache und zu einem negativen Nettobeitrag pro Zuwanderer führe. Der durchschnittliche negative Nettobeitrag von Zuwanderern mit dem Migrationsmotiv Asyl zu den öffentlichen Finanzen (einschließlich der Kosten für die zweite Generation) wird auf durchschnittlich 475 000 Euro geschätzt (Tabelle 02., ebd.). Auch eine frühere Studie des dänischen Finanzministeriums (fm.dk/media/25228/indvandereres-netto-bidrag-til-de-offentlige-finanser-i-2018.pdf) kommt zu dem Schluss, dass die Beiträge zu den sozialen Sicherungssystemen stark von der Herkunft der Zuwanderer abhängen. Zuwanderer aus nichtwestlichen Ländern verursachen in der langfristigen Gesamtbetrachtung erhebliche Kosten.

Im Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung (Bundestagsdrucksache 20/6500, S. 5 f.) wird behauptet, dass eine Quantifizierung der Mehreinnahmen der Sozialversicherungen für die Zukunft nicht möglich sei. In diesem Zusammenhang wird jedoch lediglich eine Modellrechnung vorgelegt, die in Bezug auf die zusätzlichen ausländischen Beschäftigten von ähnlichen Verdiensten ausgeht wie bei deutschen Beschäftigten und für das Jahr 2021 bei einem Durchschnittsverdienst von 40 500 Euro anteilige Sozialversicherungsbeiträge von etwa 16 000 Euro zugrunde legt. Eine Abschätzung der fiskalischen Effekte der sogenannten Fachkräftezuwanderung für die Sozialversicherungen mit einer konkreten Bezifferung für die Jahre 2019 bis 2023 wird im Übrigen nicht ersichtlich.

Die Bundesregierung beruft sich in ihrer Klimapolitik auf den sogenannten Klima-Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 24. März 2021 (www.bverfg.de/e/rs20210324_1bvr265618.html). Das Bundesverfassungsgericht interpretiert darin die Grundrechte als intertemporale, das heißt auch generationenübergreifende Freiheitssicherung (vgl. BVerfG, Beschluss des Ersten Senats vom 24. März 2021, 1 BvR 2656/18, Randnummer 182 ff., www.bverfg.de/e/rs20210324_1bvr265618.html). Demnach würden die Grundrechte nicht nur die gegenwärtige, sondern auch die zukünftige Freiheitsausübung schützen; eine vorausschauende Lastenverteilung zwischen den Generationen sei daher geboten. Sofern man das neue Grundrechtsinstitut der intertemporalen Freiheitssicherung für den Klimabereich bejaht, wird man die Anwendung dieser grundrechtlichen Freiheit erst recht auf die sozialen Sicherungssysteme und die Staatsverschuldung übertragen müssen – so urteilt das Gutachten zur intertemporalen Freiheitssicherung von Prof. Dr. Gregor Kirchhof (www.familienunternehmer.eu/fileadmin/familienunternehmer/positionen/haushalt/dateien/famu_intertemporale_freiheitssicherung.pdf). Vor diesem Hintergrund sind die Ergebnisse der Studie von Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen aus Sicht der Fragesteller besonders alarmierend. Eine weitere Zuwanderung führt zu einer Ausweitung der impliziten Verschuldung um 5,8 Billionen Euro ([jungfreiheit.de/politik/deutschland/2024/raffelhuessen-zuwanderung-kostet-58-billione](http://www.familienunternehmer.eu/fileadmin/familienunternehmer/positionen/haushalt/dateien/famu_intertemporale_freiheitssicherung.pdf)

n-euro/) und schränkt damit den Handlungsspielraum künftiger Generationen dramatisch ein.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Deutschland ist in den vergangenen fünf Jahren insgesamt um 1,6 Mio. und in den letzten zehn Jahren um 5 Mio. Personen angestiegen (Dezember 2023 ggü. Dezember 2018 bzw. Dezember 2013). Dabei ist der Anstieg in den vergangenen fünf Jahren zu 89 Prozent auf Ausländerinnen und Ausländer (+1,45 Mio.) zurückzuführen. In den vergangenen zehn Jahren trugen Ausländerinnen und Ausländer zu 60 Prozent zum Beschäftigungswachstum bei (+3 Mio.). In den vergangenen fünf Jahren geht über die Hälfte des Anstiegs auf Drittstaatsangehörige zurück (995 000 von 1,45 Mio.). Im Vergleich zum Dezember 2022 hätte es im Dezember 2023 ohne den Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung von Ausländerinnen und Ausländern (+290 000) sogar einen Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in Deutschland gegeben (–80 000). Somit trägt die Fachkräfteeinwanderung aus dem Ausland ganz erheblich und im Laufe der Zeit immer stärker zur Linderung der Bedarfe der deutschen Wirtschaft bei.

Gleichzeitig sind die Herausforderungen für die Fachkräftesicherung und den Arbeitsmarkt in Deutschland gewachsen: Die langfristigen und tiefgreifenden Transformationsprozesse der Digitalisierung, des demografischen Wandels und der Dekarbonisierung verändern mit zunehmender Dynamik den Wirtschaftsstandort Deutschland. Arbeitgeber in Deutschland haben vermehrt Schwierigkeiten, Arbeitskräfte auf dem inländischen und dem europäischen Markt zu gewinnen. Die Zahl der offenen Stellen beläuft sich laut der Stellenerhebung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung auf rund 1,34 Mio. (Stand: zweites Quartal 2024). Zur Arbeitskräftesicherung gilt es weiterhin, vor allem inländische und innoeuropäische Potenziale zu nutzen. Absehbar wird dies jedoch nicht ausreichen, um den Arbeitskräftebedarf zu sichern. Deshalb hat der Gesetzgeber im Jahr 2024 das Gesetz zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung beschlossen, das von einer entsprechenden Verordnung begleitet wurde. Für Gesetz und Verordnung zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung hat die Bundesregierung positive Auswirkungen auf die Sozialversicherung ermittelt. Demgemäß wurden je 10 000 einwandernder Arbeitskräfte Mehreinnahmen der Sozialversicherung in Höhe von insgesamt 164 Mio. Euro geschätzt.

Die genannten Studien sind der Bundesregierung bekannt. Sie sind jedoch eine selektive Auswahl aus der vorhandenen wissenschaftlichen Evidenz. Insbesondere sind sie stark von den zugrundeliegenden Annahmen geprägt. Andere Studien ergeben positive fiskalische Effekte. So stellte etwa die OECD (www.oecd-ilibrary.org/docserver/4ccb6899-en.pdf) fest, dass in allen untersuchten Ländern, einschließlich Deutschland, Migrantinnen und Migranten mehr an Steuern und Sozialbeiträgen zahlen, als die Regierungen für deren soziale Sicherung, Gesundheit und Bildung ausgeben. Eine Studie der Bertelsmann-Stiftung (www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/user_upload/Bonin_Beitrag_Zu_wanderung_zum_dt_Staatshaushalt_141204_nm.pdf) ergab, dass die ausländische Wohnbevölkerung in Deutschland den laufenden öffentlichen Haushalten im Durchschnitt weniger entnimmt, als sie selbst einzahlt.

Die langfristigen fiskalischen Effekte der Zuwanderung werden im 6. Tragfähigkeitsbericht des Bundesministeriums der Finanzen dokumentiert (www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/Broschueren_Bestellservice/tragfaehigkeitsbericht-2024.pdf). Die darin untersuchten Zuwanderungsszenarien zeigen eine positive Wirkung auf die langfristige Tragfähigkeit der öffent-

lichen Finanzen. Die Grundlage für die Analysen bildet das in Auftrag gegebene und veröffentlichte wissenschaftliche Gutachten von Prof. Dr. Martin Werding, Ruhr-Universität Bochum, das unter anderem Szenarien zur Migrationsentwicklung und deren Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen liefert (Ausgabenpolitik (fifo-koeln.org)). Darüber hinaus hält die Bundesregierung die Beauftragung von eigenen Studien zu fiskalischen Effekten der Zuwanderung, differenziert nach Herkunftsländern oder -regionen, nicht für zielführend. Eine Differenzierung nach Herkunftsländern oder -regionen würde nahelegen, dass humanitäre Migration aus einer wirtschaftlichen Nutzenperspektive erfolgt oder Migration aus EU-Mitgliedstaaten beliebig regulierbar sei. Stattdessen folgt die Aufnahme aus humanitären Gründen völkerrechtlichen und grundgesetzlichen Verpflichtungen. Die Einwanderung aus EU-Staaten ergibt sich aus den Freizügigkeitsrechten der Europäischen Union.

Im Übrigen macht sich die Bundesregierung den Vergleich zwischen Forstwirtschaft und Migration nicht zu Eigen.

1. Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Studie von Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen (vgl. die Schriftliche Frage 39 des Abgeordneten Thomas Dietz auf Bundestagsdrucksache 20/11038; www.stiftung-marktwirtschaft.de/fileadmin/user_upload/Argumente/Argument_173_Ehrbarer_Staat_2024_WEB_neu.pdf) zur fiskalischen Bilanz der Zuwanderung bzw. zur Projektion der fiskalischen Effekte der Migration?
2. Hat die Bundesregierung Studien und Analysen zu den fiskalischen Effekten der Zuwanderung – insbesondere mit langfristiger Perspektive – in Auftrag gegeben, und wenn ja, welche, und wenn keine Studien in Auftrag gegeben wurden, warum wurde bisher darauf verzichtet?
5. Ist der Bundesregierung die niederländische Studie von MPA Gerrit Kreffer (www.researchgate.net/publication/371951520_Grenzeloze_Vorzorgingsstaat_De_Gevolgen_van_Immigratie_voor_de_Overheidsfinancien) bekannt, die hinsichtlich der fiskalischen Kosten auch nach den Herkunftsregionen der Zuwanderer differenziert, und hat die Bundesregierung sich eine eigene Auffassung zu der Studie erarbeitet vor dem Hintergrund der strukturellen Ähnlichkeiten zwischen den Niederlanden und Deutschland?
6. Wird die Bundesregierung eine eigene Studie zu den fiskalischen Kosten der Zuwanderung – differenziert nach den Herkunftsregionen und den Migrationsmotiven (Asyl, Arbeit, Familiennachzug, Studium) – in Auftrag geben, und wenn nein, warum nicht?
8. Beabsichtigt die Bundesregierung, eine Studie zur Arbeitsmarktintegration bzw. zu den fiskalischen Beiträgen der zweiten Generation differenziert nach den Herkunftsregionen der Eltern in Auftrag zu geben, und wenn nein, warum nicht?
9. Ist der Bundesregierung das Gutachten von Prof. Dr. Gregor Kirchof (www.familienunternehmer.eu/fileadmin/familienunternehmer/positionen/haushalt/dateien/famu_intertemporale_freiheitssicherung.pdf) zur Anwendung des „intertemporalen Freiheitschutzes“ in den Sozialversicherungssystemen sowie auf die Staatsverschuldung bekannt, und wenn ja, welche Schlussfolgerungen zieht sie daraus?

Die Fragen 1, 2, 5, 6, 8 und 9 werden gemeinsam beantwortet.

Es wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.

3. Welche Zeiträume legt die Bundesregierung für die Arbeitsmarktintegration der verschiedenen Zuwanderergruppen (Asyl, Erwerbsmigration, Familiennachzug, Bildungsmigration) zugrunde, und wurde diesbezüglich eine Evaluation durchgeführt?

Die Arbeitsmarktintegration bei Erwerbsmigration erfolgt unmittelbar, da ein vorhandener Arbeitsplatz in der Regel Voraussetzung für die Erteilung eines Aufenthaltstitels ist. Bei Suchtiteln erfolgt die Arbeitsmarktintegration entweder innerhalb der gesetzlich vorgegebenen Höchstdauer und mündet in einen Anschlusstitel, oder die Person wird aufgrund des nicht mehr bestehenden Aufenthaltstitels ausreisepflichtig.

Für den Bereich Asyl gilt, dass sich die Arbeitsmarktintegration aufgrund des humanitären Anlasses der Migration schwerlich zeitlich einpassen lässt. Auch beim Familiennachzug lässt sich die Arbeitsmarktintegration nicht zeitlich planen, Anlass des Aufenthalts ist der grundgesetzlich garantierte Schutz von Ehe und Familie, vgl. §§ 27 ff. des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG).

Mit Blick auf den Arbeitsmarktzugang von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern gilt: In den ersten drei Monaten des Aufenthalts in Deutschland besteht grundsätzlich ein Arbeitsverbot. Gemäß § 61 Absatz 1 Satz 1 des Asylgesetzes (AsylG) darf ein Asylbewerber, der verpflichtet ist, in einer Aufnahmeeinrichtung zu wohnen, keine Erwerbstätigkeit ausüben. Abweichend davon kann Asylbewerberinnen und Asylbewerbern gemäß § 61 Absatz 1 Satz 2 AsylG eine Beschäftigung unter bestimmten Voraussetzungen erlaubt werden, z. B. wenn das Asylverfahren nicht innerhalb von sechs Monaten nach der Stellung des Asylantrags unanfechtbar abgeschlossen ist (§ 61 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 AsylG), die Bundesagentur für Arbeit zugestimmt hat oder durch Rechtsverordnung bestimmt ist, dass die Ausübung der Beschäftigung ohne Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit zulässig ist (§ 61 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 AsylG), die Ausländerin oder der Ausländer nicht Staatsangehörige eines sicheren Herkunftsstaates (§ 29a AsylG) ist (§ 61 Absatz 1 Satz 2 Nummer 3 AsylG), der Asylantrag nicht als offensichtlich unbegründet (§ 30 Absatz 1 AsylG) oder nicht als unzulässig (§ 29 AsylG) abgelehnt wurde, es sei denn, das Verwaltungsgericht hat die aufschiebende Wirkung der Klage gegen die Unzulässigkeitsentscheidung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge angeordnet (§ 61 Absatz 1 Satz 2 Nummer 4 AsylG).

Kein Arbeitsmarktzugang besteht nach § 61 Absatz 1 Satz 2 Nummer 4 AsylG für Asylbewerberinnen und Asylbewerber, deren Asylantrag als offensichtlich unbegründet oder unzulässig abgelehnt wurde und bei denen jeweils keine aufschiebende Wirkung der Klage angeordnet wurde, sowie für Ausländerinnen und Ausländer aus einem sicheren Herkunftsstaat (§ 29 AsylG), die nach dem 31. August 2015 einen Asylantrag gestellt haben.

Gemäß § 61 Absatz 2 Satz 1 AsylG kann einer Asylbewerberin oder einem Asylbewerber, die oder der sich seit drei Monaten gestattet im Bundesgebiet aufhält, gemäß § 4a Absatz 4 AufenthG die Ausübung einer Beschäftigung erlaubt werden, wenn die Bundesagentur für Arbeit zugestimmt hat oder durch Rechtsverordnung bestimmt ist, dass die Ausübung einer Beschäftigung ohne Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit zulässig ist.

Asylbewerberinnen und Asylbewerber, die vor dem 29. März 2023 eingereist sind, deren Asylverfahren noch nicht abgeschlossen ist und die sich dann schon mindestens neun Monate in Deutschland aufhalten (Inkrafttreten der Regelung am 31. Dezember 2023), können, wenn sie ihren Asylantrag zurücknehmen, bei Vorliegen der jeweiligen Voraussetzungen in bestimmte Erwerbstitel wechseln (sogenannte „Spurwechsel“ in Aufenthaltstitel für Fachkräfte mit Berufsausbildung (§ 18a AufenthG), Fachkräfte mit akademischer Ausbildung (§ 18b

AufenthG) sowie für Personen mit ausgeprägten berufspraktischen Kenntnissen (§ 19c Absatz 2 AufenthG)).

Asylberechtigte gemäß Artikel 16a des Grundgesetzes, gemäß § 3 Absatz 1 AsylG anerkannte Flüchtlinge und gemäß § 4 Absatz 1 AsylG subsidiär Schutzberechtigte haben einen unbeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt.

Da für die Arbeitsmarktintegration im Bereich Asyl kein bestimmter Zeitraum zu Grunde gelegt wird, wurde keine Evaluation derselben durchgeführt.

Für den Bereich Bildungsmigration ist aufgrund des Anlasses die Arbeitsmarktintegration nicht vorrangig.

4. Wird die Bundesregierung die Zuwanderung auf Grundlage des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes künftig fortlaufend evaluieren und konkrete Zahlen zu den fiskalischen Effekten bereitstellen?

Die Bundesregierung wird die Wirkungen der neu eingeführten Regelungen aus Gesetz und Verordnung zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung drei Jahre nach Inkrafttreten evaluieren. Ziel und Inhalt der Evaluierung ergeben sich aus der Bundestagsdrucksache 20/6500 und aus der Bundesratsdrucksache 284/23.

7. Beabsichtigt die Bundesregierung, eine Studie zur Arbeitsmarktintegration von Frauen – differenziert nach den Herkunftsregionen – in Auftrag zu geben, und wenn nein, warum nicht?

Die Bundesregierung plant keine Studie zur Arbeitsmarktintegration von Frauen – differenziert nach der Herkunftsregion – in Auftrag zu geben, da es bereits Studien zur Arbeitsmarktintegration von Frauen gibt, die die Herkunftsregion berücksichtigen. Beispielsweise sei auf die kontinuierlichen Analysen und Studien des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit zur Arbeitsmarktintegration von Zugewanderten verwiesen, u. a. den monatlich erscheinenden IAB-Zuwanderungsmonitor (seit April 2024 geschlechterdifferenziert) und den IAB-Forschungsbericht 6/2024 „Die Arbeitsmarktintegration von ausländischen Staatsangehörigen nach Geschlecht“. Weiterhin sei auf den International Migration Outlook 2023 der OECD mit einem Kapitel zur Arbeitsmarktintegration von Frauen verwiesen, welcher mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erstellt wurde (www.oecd.org/en/publications/international-migration-outlook-2023_b0f40584-en/full-report.html). Die Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung von Frauen nach Staatsangehörigkeit und Herkunftsregionen kann dem monatlich veröffentlichten Migrationsmonitor der Statistik der Bundesagentur für Arbeit entnommen werden (vgl. https://statistik.arbeitsagentur.de/SiteGlobals/Forms/Suche/Einzelheftsuche_Formular.html?nn=1961220&topic_f=migrationsmonitor).

10. Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Beschäftigungsquoten im Zeitraum von 2005 bis 2023 insgesamt und speziell für die Untergruppen Deutsche, Ausländer, EU-Ausländer, Drittstaatsangehörige, Ukrainer und Ausländer aus den Top-8-Asylherkunftsländern entwickelt (bitte in tabellarischer Darstellung ausweisen)?

Hinweis für alle Fragen, in denen eine Auswertung für EU-Ausländer und Drittstaatsangehörige erfolgt: Angaben zu Staatsangehörigen aus Großbritannien wurden jeweils für die gesamte Zeitreihe aus „EU ohne Deutschland“ und „Drittstaaten“ herausgenommen und extra ausgewertet.

Angaben zu Beschäftigungsquoten nach Staatsangehörigkeit liegen erst ab Januar 2010 vor. Im Dezember 2023 lag die Beschäftigungsquote (inklusive ausschließlich geringfügig Beschäftigter) von Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit bei 53,3 Prozent. Im Vergleich dazu betrug die Quote 61,3 Prozent bei EU-Staatsangehörigen, 42,7 Prozent bei Staatsangehörigen der Asylherkunftsländer und 25 Prozent bei ukrainischen Staatsangehörigen. Weitere Informationen können aus der Tabelle 1.4 des aktuellen Migrationsmonitors entnommen werden (https://statistik.arbeitsagentur.de/SiteGlobals/Forms/Suche/Einzelheftsuche_Formular.html?nn=1961220&topic_f=migrationsmonitor).

11. Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2015 bis 2023 die Anzahl sowie der Anteil der
- sozialversicherungspflichtig Beschäftigten,
 - sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten,
 - sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigten,
 - ausschließlich geringfügig Beschäftigten

jeweils entwickelt (bitte in tabellarischer Darstellung insgesamt sowie nach folgenden Staatsangehörigkeiten getrennt ausweisen: Deutsche, Ausländer, EU-Ausländer, Drittstaatsangehörige, Ukrainer, Ausländer aus den Top-8-Asylherkunftsländern)?

Im Dezember 2023 waren in Deutschland insgesamt rund 34,92 Mio. Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt, darunter rund 24,38 Mio. vollzeitbeschäftigt und rund 10,54 Mio. teilzeitbeschäftigt. Rund 4,30 Mio. Personen waren ausschließlich geringfügig beschäftigt. Weitere Informationen können aus den Tabellenblättern zu Frage 11 im Anhang* entnommen werden.

12. Wie haben sich die Erwerbstätigenquoten im Sinne der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung im Zeitraum von 2005 bis 2023 entwickelt (bitte in tabellarischer Darstellung insgesamt sowie nach folgenden Staatsangehörigkeiten getrennt ausweisen: Deutsche, Ausländer, EU-Ausländer, Drittstaatsangehörige, Ukrainer, Ausländer aus den Top-8-Asylherkunftsländern)?

Die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen umfassen keine nach Staatsangehörigkeiten differenzierten Erwerbstätigenquoten. Alternativ wurden vom Statistischen Bundesamt auf Basis des Mikrozensus Erwerbstätigenquoten in den angefragten Abgrenzungen ermittelt. Die Werte sind in der folgenden Tabellenübersicht wiedergegeben.

* Von einer Drucklegung der Anlage wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 20/13751 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

Tabelle: Erwerbstätigenquoten nach ausgewählten Staatsangehörigkeitsgruppen (Erwerbstätige als Anteil an der Bevölkerung ab 15 Jahren*) – Ergebnisse des Mikrozensus

	davon				darunter mit einer Staatsangehörigkeit		
	Insgesamt	Deutsche	Ausländer	davon	Nicht-EU-Ausländer	der	
				EU-Ausländer		Ukraine ²	der Top-8-Asylherkunftsländer ³
Erwerbstätigenquote in Prozent							
2023	60,0	60,1	59,6	70,3	53,1	24,5	44,0
2022	59,7	59,7	59,8	69,3	53,3	30,8	42,1
2021	58,7	58,8	58,2	67,1	51,4	51,6	38,4
2020	58,7	58,8	58,4	66,7	52,0	52,1	36,1
2019	60,0	59,9	60,5	69,9	52,9	56,6	36,1
2018	59,2	59,2	58,9	69,0	50,7	54,3	28,6
2017	58,9	59,2	57,1	68,3	48,3	54,2	22,4
2016	58,5	58,7	56,4	67,9	47,1	46,9	20,2
2015	57,4	57,4	56,8	66,3	49,0	44,0	31,0
2014	57,4	57,5	56,8	66,0	49,6	45,8	35,8
2013	57,2	57,3	56,5	65,4	50,6	43,1	36,6
2012	56,8	56,9	56,3	64,9	50,9	46,8	40,0
2011	56,6	56,7	55,5	64,3	50,3	48,9	40,2
2010	55,3	55,5	53,1	61,8	48,1	41,0	40,5
2009	54,9	55,1	52,7	61,7	47,6	40,7	38,0
2008	54,8	55,1	52,7	62,3	47,3	34,3	35,7
2007	54,1	54,3	51,6	61,9	46,0	34,9	37,8
2006	53,0	53,3	50,1	60,7	44,8	28,4	31,7
2005	52,0	52,2	49,4	60,2	43,9	.	33,8

*) Personen am privaten Hauptwohnsitz (bis 2019) bzw. in Hauptwohnsitzhaushalten (ab 2020); in Gemeinschaftsunterkünften lebende Personen sind in diesen Ergebnissen nicht erfasst.

- 1) Personen mit einer deutschen und weiteren Staatsangehörigkeit wurden als Deutsche gezählt.
- 2) Informationen zur Staatsangehörigkeit liegen differenziert für die Ukraine erst ab 2006 vor.
- 3) Zu diesen Ländern zählen Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia, Syrien. Bis einschl. 2009 können hier nur Personen mit afghanischer, irakischer und iranischer Staatsangehörigkeit ausgewiesen werden.

Ab 2011 erfolgt die Hochrechnung anhand der Bevölkerungsfortschreibung auf Basis des Zensus 2011, die Ergebnisse sind mit den Vorjahren nur eingeschränkt vergleichbar.

Ab 2016 aktualisierte Auswahlgrundlage der Stichprobe auf Basis des Zensus 2011.

Ab 2020: Neuregelung des Mikrozensus www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Haushalte-Familien/Methoden/mikrozensus-2020.html.

. = Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis), 2024

13. Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2015 bis 2023 die Anzahl sowie der Anteil der Beschäftigten in den Anforderungsniveaus
 - a) Helfer,
 - b) Fachkraft,
 - c) Spezialist,
 - d) Experte

jeweils entwickelt (bitte in tabellarischer Darstellung sowie nach folgenden Staatsangehörigkeiten getrennt ausweisen: Deutsche, Ausländer, EU-Ausländer, Drittstaatsangehörige, Ukrainer, Ausländer aus den Top-8-Asylherkunftsländern)?

Im Dezember 2023 waren in Deutschland insgesamt rund 34,92 Mio. Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt, darunter waren rund 5,58 Mio. in Helfertätigkeiten, rund 19,05 Mio. in Fachkrafttätigkeiten, rund 5,06 Mio. in Spezialistentätigkeiten und rund 5,05 Mio. in Expertentätigkeiten. Weitere Informationen können aus den Tabellenblättern zu Frage 13 im Anhang* entnommen werden.

14. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung das Durchschnittsentgelt der Beschäftigten in den Jahren 2015 bis 2023 entwickelt (bitte in tabellarischer Darstellung insgesamt sowie nach folgenden Staatsangehörigkeiten getrennt ausweisen: Deutsche, Ausländer, EU-Ausländer, Drittstaatsangehörige, Ukrainer, Ausländer aus den Top-8-Asylherkunftsländern)?
15. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung das Medianentgelt der Beschäftigten in den Jahren 2015 bis 2023 entwickelt (bitte in tabellarischer Darstellung insgesamt sowie nach folgenden Staatsangehörigkeiten getrennt ausweisen: Deutsche, Ausländer, EU-Ausländer, Drittstaatsangehörige, Ukrainer, Ausländer aus den Top-8-Asylherkunftsländern)?

Die Fragen 14 und 15 werden gemeinsam beantwortet.

Die Begrenzung der statistisch erfassten Einkommensverteilung am oberen Rand hat zur Folge, dass die Berechnung des arithmetischen Mittels methodisch nicht sinnvoll ist, da die tatsächlichen Bruttomonatsentgelte oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze nicht bekannt sind. Das mittlere Bruttomonatsentgelt (Median) lag im Jahr 2023 in Deutschland bei 3 796 Euro. Das Medianentgelt der deutschen Staatsangehörigen lag bei 3 945 Euro und der ausländischen Staatsangehörigen bei 3 034 Euro. Weitere Informationen können aus dem Tabellenblatt zu Frage 15 im Anhang* entnommen werden.

Weiterhin wird auf die Antwort zu Frage 13 der Kleinen Anfrage der Fraktion der AfD auf Bundestagsdrucksache 20/13038 verwiesen.

16. Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2015 bis 2023 die Anzahl sowie der Anteil der Niedriglohnbezieher entwickelt (bitte in tabellarischer Darstellung insgesamt sowie nach folgenden Staatsangehörigkeiten getrennt ausweisen: Deutsche, Ausländer, EU-Ausländer, Drittstaatsangehörige, Ukrainer, Ausländer aus den Top-8-Asylherkunftsländern)?

Im Dezember 2023 lag bundesweit die Zahl der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten der Kerngruppe mit Angaben zum Entgelt bei rund 21,99 Mio. Personen, darunter waren rund 3,36 Mio. Personen bzw. 15 Prozent mit Entgeltangaben unter der bundeseinheitlichen Schwelle des unteren Entgeltbereichs. Weitere Informationen können aus dem Tabellenblatt zu Frage 16 im Anhang* entnommen werden.

Weiterhin wird auf die Antwort zu Frage 15 der Kleinen Anfrage der Fraktion der AfD auf Bundestagsdrucksache 20/13038 verwiesen.

* Von einer Drucklegung der Anlage wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 20/13751 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

17. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung der Versicherungsstatus von deutschen und ausländischen Neuversicherten in der gesetzlichen Rentenversicherung in den Jahren 2018 bis 2023 entwickelt, und wie hoch war jeweils der Anteil der durchgängig Versicherten (bitte tabellarisch und in Anlehnung an die Angaben im Versichertenbericht 2023, Abbildung 31 [www.deutsche-rentenversicherung.de/SharedDocs/Downloads/DE/Statistiken-und-Berichte/Berichte/versichertenbericht_2023.html] nach pflichtversicherten abhängig Beschäftigten, Selbstständigen, sonstigen aktiv Versicherten und nicht mehr aktiv rentenversicherten Personen differenzieren)?

Die Entwicklung des Versicherungsstatus von Neuversicherten im Jahr 2018 in den ersten fünf Versicherungsjahren jeweils am Jahresende kann den nachfolgenden Tabellen entnommen werden. Daten zum Jahr 2023 liegen noch nicht vor.

Versicherungsstatusverlauf ausländischer und deutscher Neuversicherter des Jahres 2018 in den ersten fünf Jahren (Anzahl)

Personen	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	31.12.2022	durchgehend versichert
pflichtversichert beschäftigt oder selbständig						
Ausländer	411.266	345.343	334.018	347.219	352.165	214.024
Deutsche	277.561	286.290	327.185	371.669	397.624	187.174
sonstige aktiv Versicherte						
Ausländer	203.186	162.228	144.735	118.683	102.395	X
Deutsche	272.784	187.027	138.489	120.019	102.804	X
nicht mehr aktiv rentenversichert						
Ausländer	286.388	393.269	422.087	434.938	446.280	X
Deutsche	149.256	226.284	233.927	207.913	199.173	X

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung, Versicherte 2018 bis 2022

Versicherungsstatusverlauf ausländischer und deutscher Neuversicherter des Jahres 2018 in den ersten fünf Jahren (Anteil an dem im Jahr 2018 erstmals Versicherten)

Personen	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	31.12.2022	durchgehend versichert
pflichtversichert beschäftigt oder selbständig						
Ausländer	45,7%	38,3%	37,1%	38,5%	39,1%	23,8%
Deutsche	39,7%	40,9%	46,8%	53,1%	56,8%	26,8%
sonstige aktiv Versicherte						
Ausländer	22,6%	18,0%	16,1%	13,2%	11,4%	X
Deutsche	39,0%	26,7%	19,8%	17,2%	14,7%	X
nicht mehr aktiv rentenversichert						
Ausländer	31,8%	43,7%	46,9%	48,3%	49,5%	X
Deutsche	21,3%	32,3%	33,4%	29,7%	28,5%	X

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung, Versicherte 2018 bis 2022

18. Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2011 bis 2023 das tatsächliche durchschnittliche Renteneintrittsalter, das durchschnittliche Alter der neu versicherten Beschäftigten und die durchschnittliche Anzahl der Beitragsjahre beim Renteneintritt von deutschen und ausländischen Versicherten entwickelt (bitte in tabellarischer Darstellung insgesamt sowie nach folgenden Staatsangehörigkeiten getrennt ausweisen: Deutsche, Ausländer, EU-Ausländer, Drittstaatsangehörige, Ukrainer, Ausländer aus den Top-8-Asylherkunftsändern)?

Die gewünschten Daten können in der angefragten Differenzierung der folgenden Tabelle entnommen werden.

Statistische Angaben zu Beitragszeiten liegen nur für Beitragsleistungen zur gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland vor. Entsprechende Informationen für Zeiten, die in anderen Alterssicherungssystemen, z. B. im Herkunftsland, zurückgelegt wurden, liegen in der Statistik der Deutschen Rentenversicherung nicht vor.

Altersrentenzugänge nach Staatsangehörigkeit, durchschnittlichem Alter bei Rentenbeginn, durchschnittlichem Alter bei Entrichtung des ersten Beitrags und nach durchschnittlichen Beitragszeiten in Jahren, Renten nach SGB VI

Staatsangehörigkeit	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
durchschnittliches Alter bei Rentenbeginn													
Gesamt	63,5	64,0	64,1	64,9	64,4	64,1	64,1	64,1	64,3	64,2	64,1	64,4	64,4
Deutsch	63,1	63,8	64,0	64,9	64,3	64,0	64,0	64,0	64,2	64,1	64,0	64,3	64,3
Ausland	65,4	64,9	64,8	64,7	64,8	64,8	64,7	64,7	64,8	64,9	64,9	65,1	65,0
EU-Ausland ¹⁾	64,4	64,5	64,6	64,6	64,7	64,6	64,6	64,7	64,7	64,8	64,7	64,9	64,9
Drittstaatenangehörige ²⁾	66,8	65,5	65,1	64,9	65,0	65,0	64,9	64,8	65,0	65,0	65,1	65,3	65,2
Ukraine	66,7	65,8	65,2	65,2	65,1	65,1	65,1	65,1	65,1	65,1	65,2	65,1	65,3
Top-8-Asylherkunftsländer ³⁾	64,9	65,0	64,9	64,9	65,0	65,1	65,1	65,1	65,1	65,2	65,1	65,2	65,2
durchschnittliches Alter bei Entrichtung des ersten Beitrags⁴⁾													
Gesamt	18,4	18,4	18,2	18,3	17,9	17,8	17,9	18,2	18,3	18,4	18,5	18,6	18,8
Deutsch	17,2	17,2	17,1	17,3	16,9	16,8	16,9	17,1	17,3	17,3	17,4	17,5	17,6
Ausland	25,1	25,7	25,5	25,3	25,2	25,1	25,3	25,8	26,2	26,5	26,9	27,4	28,1
EU-Ausland ¹⁾	23,4	23,5	23,2	22,9	22,9	23,0	23,2	24,0	24,4	24,8	25,4	26,1	27,2
Drittstaatenangehörige ²⁾	27,4	29,7	30,5	30,5	29,9	29,3	29,4	29,4	29,4	29,5	29,3	29,6	29,7
Ukraine	52,1	52,3	51,6	50,3	48,6	47,2	45,9	44,8	43,9	42,5	42,2	41,6	40,3
Top-8-Asylherkunftsländer ³⁾	45,0	43,9	42,6	41,5	42,4	40,9	39,7	38,6	38,5	38,0	37,6	37,1	37,0
durchschnittliche Beitragszeiten in Jahren⁵⁾													
Gesamt	33,8	33,7	33,8	33,3	35,3	35,5	35,6	35,7	35,8	36,3	36,7	36,7	36,8
Deutsch	34,2	34,1	34,2	33,7	35,7	35,9	36,0	36,1	36,2	36,7	37,2	37,2	37,2
Ausland	25,5	24,6	25,2	25,6	26,0	26,8	27,4	27,5	28,1	28,2	28,5	28,3	28,4
EU-Ausland ¹⁾	31,1	30,7	30,9	31,2	31,4	31,3	32,1	31,9	32,6	32,7	32,8	32,7	32,7
Drittstaatenangehörige ²⁾	23,6	22,6	23,0	23,3	23,9	25,0	25,5	26,0	26,4	26,6	27,0	26,8	26,8
Ukraine	7,2	7,8	8,3	9,0	10,1	11,0	12,1	13,1	13,7	14,8	15,4	15,8	17,1
Top-8-Asylherkunftsländer ³⁾	13,7	13,6	14,6	15,0	14,0	15,3	16,0	17,0	17,1	17,8	18,1	18,1	18,7

- 1) EU-Ausland: vor 2013: Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande, Vereinigtes Königreich, Dänemark, Irland, Griechenland, Portugal, Spanien, Österreich, Schweden, Finnland, Estland, Polen, Lettland, Litauen, Malta, Slowenien, Slowakei, Ungarn, Tschechien, Zypern, Bulgarien, Rumänien,
Ab 2013 zzgl.: Kroatien.
Ab 2021 abzgl.: Vereinigtes Königreich.
 - 2) Ausland abzgl. Länder der EU und der Europäischen Freihandelsassoziation
 - 3) Afghanistan, Eritrea, Iran, Irak, Nigeria, Pakistan, Somalia, Syrien
 - 4) Ausländische Beiträge bleiben unberücksichtigt
 - 5) nur Nichtvertragsrenten
- Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung, Rentenzugang 2011 bis 2023

19. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2011 bis 2023 das durchschnittliche beitragspflichtige Versichertenentgelt deutscher und ausländischer Beschäftigter in der gesetzlichen Rentenversicherung entwickelt (bitte in tabellarischer Darstellung insgesamt sowie nach folgenden Staatsangehörigkeiten getrennt ausweisen: Deutsche, Ausländer, EU-Ausländer, Drittstaatsangehörige, Ukrainer, Ausländer aus den Top-8-Asylherkunftsländern)?

Die gewünschten Daten können in der angefragten Differenzierung der nachfolgenden Tabelle entnommen werden. Daten zum Jahr 2023 liegen noch nicht vor.

Durchschnittlich erzielte Jahresentgelte in Euro¹⁾ von versicherungspflichtig Beschäftigten ohne Beitragsbesonderheiten nach Jahren und Staatsangehörigkeit

Jahr	Staatsangehörigkeit						
	alle	Deutschland	Ausland	EU-Ausland ²⁾	Drittstaatsangehörigkeit ³⁾	Ukraine	Top-8-Asylherkunftsländer ⁴⁾
2011	28.651	29.310	22.171	22.679	21.746	20.336	16.068
2012	29.282	30.042	22.331	22.054	22.476	21.319	16.693
2013	30.031	30.886	22.663	22.193	23.029	22.263	17.216
2014	30.600	31.628	22.515	21.471	23.540	22.873	17.466
2015	31.100	32.303	22.530	21.329	23.828	23.515	17.149
2016	31.703	33.069	22.774	21.680	23.970	24.410	16.062
2017	32.368	33.930	23.068	22.139	24.052	25.605	14.628
2018	33.258	34.997	23.790	22.892	24.718	26.752	15.350
2019	34.395	36.246	24.941	24.034	25.846	27.997	17.170
2020	35.275	37.134	25.995	25.026	26.931	29.614	18.561
2021	36.156	38.108	26.961	25.489	28.108	30.663	20.394
2022	37.454	39.564	28.354	26.811	29.498	21.281	23.117

- 1) Entgelt aus versicherungspflichtiger Beschäftigung ohne Rentenbezug, ohne Entgelte aus Beschäftigung mit einem reinen Entgelt im Übergangsbereich/in der Gleitzone, wegen Berufsausbildung sowie nach dem Altersteilzeitgesetz und ohne geringfügige Beschäftigung. Es werden nur Entgelte bis zur Beitragsbemessungsgrenze berücksichtigt.
- 2) EU-Ausland: vor 2013: Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande, Vereinigtes Königreich, Dänemark, Irland, Griechenland, Portugal, Spanien, Österreich, Schweden, Finnland, Estland, Polen, Lettland, Litauen, Malta, Slowenien, Slowakei, Ungarn, Tschechien, Zypern. Bulgarien, Rumänien, Ab 2013 zzgl.: Kroatien. Ab 2021 abzgl.: Vereinigtes Königreich.
- 3) Ausland abzgl. Länder der EU und der Europäischen Freihandelsassoziation.
- 4) Afghanistan, Eritrea, Iran, Irak, Nigeria, Pakistan, Somalia, Syrien.
- Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung, Versicherte 2011 bis 2022

20. Welches Bruttomonatsentgelt war nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2023 (hilfsweise im Jahr 2022) erforderlich, um im Alter jeweils nach 45, 35 und 25 Arbeitsjahren eine Rente ohne Grundrentenzuschlag oberhalb der Grundsicherung zu erhalten (bitte in tabellarischer Darstellung ausweisen)?

Die gewünschten Daten können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Bruttomonatsentgelt in Euro im Jahr 2023, das notwendig ist um		
1/45	1/35	1/25
der nötigen Entgeltpunkten für eine Nettorente i. H. v. 938 Euro zu erhalten		
2.252	2.896	4.054

Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 17 der Kleinen Anfrage der Fraktion der AfD auf Bundestagsdrucksache 20/13038 verwiesen.

21. Wie hoch waren nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2023 (hilfsweise im Jahr 2022) die Anzahl sowie der Anteil der Personen, deren Entgelt nicht ausreicht, um im Alter hochgerechnet auf jeweils 45, 35 und 25 Beitragsjahre eine Rente ohne Grundrentenzuschlag oberhalb der Grundsicherung zu erhalten (bitte in tabellarischer Darstellung insgesamt sowie nach folgenden Staatsangehörigkeiten getrennt ausweisen: Deutsche, Ausländer, EU-Ausländer, Drittstaatsangehörige, Ukrainer, Ausländer aus den Top-8-Asylherkunftsländern)?

Die Versichertendaten für das Jahr 2023 liegen noch nicht vor, so dass die Berechnungen der Einkommensgrenzen für die Ermittlung der Versicherten sich hier auf das Jahr 2022 beziehen.

Die Bruttojahresentgelte, die notwendig wären, um rein rechnerisch 1/45, 1/35 bzw. 1/25 der Entgeltpunkte für eine Nettorente in Höhe des durchschnittlichen Bruttobedarfes eines Beziehenden in der Grundsicherung im Alter (862 Euro, Stand: Ende Dezember 2022) zu erhalten, ohne Berücksichtigung eines eventuell zustehenden Grundrentenzuschlages, sind:

bei 1/45 der notwendigen Entgeltpunkte – 25 128 Euro,

bei 1/35 der notwendigen Entgeltpunkte – 32 307 Euro und

bei 1/25 der notwendigen Entgeltpunkte – 45 230 Euro.

Die angefragten Daten können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden. Eine Differenzierung nach Staatsangehörigkeit oder anderen soziodemografischen Merkmalen kann aus methodischen Gründen nicht erfolgen.

Anzahl und Anteile von versicherungspflichtig Beschäftigten ohne Beitragsbesonderheiten¹⁾ unter bestimmten Einkommensgrenzen für das Jahr 2022

Jahreseinkommen	Anzahl Beschäftigter
bis 25 128 Euro	10 101 204
bis 32 307 Euro	14 800 300
bis 45 230 Euro	22 343 089

- 1) Entgelt aus versicherungspflichtiger Beschäftigung ohne Rentenbezug, ohne Entgelte aus Beschäftigung mit einem reinen Entgelt im Übergangsbereich/in der Gleitzone, wegen Berufsausbildung sowie nach dem Altersteilzeitgesetz und ohne geringfügige Beschäftigung. Es werden nur Entgelte bis zur Beitragsbemessungsgrenze berücksichtigt.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung

22. Welches konkrete Altersvorsorgekonzept hat die Bundesregierung für die Zuwanderer, die voraussichtlich bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze keine ausreichenden Rentenanwartschaften aufbauen können (dabei bitte auf die Finanzierung eingehen und differenzieren nach Asylmigration, Familiennachzug von Drittstaatsangehörigen [unter besonderer Berücksichtigung der Situation von nachziehenden Frauen und Eltern], Arbeitsmigration und EU-Binnenmigration)?

Es wird auf die Antwort zu den Fragen 18 und 19 der Kleinen Anfrage der Fraktion der AfD auf Bundestagsdrucksache 20/13038 verwiesen.

23. Inwieweit hat die Bundesregierung in ihrer Fachkräftestrategie, die maßgeblich auch auf die Anwerbung ausländischer „Fachkräfte“ setzt (www.bmas.de/DE/Arbeit/Fachkraeftesicherung/Fachkraeftezuwanderung/fachkraeftezuwanderung.html), auch die soziale Absicherung im Alter berücksichtigt?

Wurden dafür konkrete Modellrechnungen und Studien konsultiert oder erstellt, die sowohl die zu erwartenden Verdienste, als auch die möglichen Beitragsjahre wie auch den erleichterten Familiennachzug berücksichtigen, und wenn ja, welche?

Ziel der Fachkräftestrategie der Bundesregierung ist es, mit gesetzlichen und untergesetzlichen Maßnahmen die Anstrengungen der Unternehmen und Betriebe zur Gewinnung und Sicherung von Fachkräften zu unterstützen. Dazu hat die Fachkräftestrategie fünf zentrale Handlungsfelder benannt: zeitgemäße Ausbildung, gezielte Weiterbildung, Nutzung von Arbeitspotenzialen und Erhöhung der Erwerbsbeteiligung, Verbesserung der Arbeitsqualität und -kultur sowie Modernisierung der Einwanderung und Reduzierung von Abwanderung.

Fachkräfte aus der Europäischen Union (EU) und aus Drittstaaten sind vielfach gut in den Arbeitsmarkt integriert. Sie tragen maßgeblich zur Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und zunehmend auch zur nachhaltigen Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme bei. Die Bundesregierung wird gemäß der Fachkräftestrategie weitere Anstrengungen unternehmen, um eingewanderte Menschen in berufliche Beschäftigung zu bringen und die Rahmenbedingungen für diejenigen, die als qualifizierte oder künftige Fachkräfte nach Deutschland kommen, noch besser ausgestalten. Dazu gehört auch der Mit- und Nachzug sowie die zielgerichtete Integration der Lebenspartnerinnen und Lebenspartner sowie der heranwachsenden Kinder in Gesellschaft, Ausbildung und Arbeitsmarkt (vgl. Fachkräftestrategie der Bundesregierung (www.bmas.de/DE/Startseite/start.html)).

Im Übrigen wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.

24. Hat die Bundesregierung in ihrer Migrationspolitik Modellrechnungen zu den langfristigen fiskalischen Folgen der Zuwanderung sowie insbesondere den Umstand berücksichtigt, dass in umlagefinanzierten Systemen wie der gesetzlichen Rentenversicherung den anfänglichen Einzahlungen und den damit verbundenen Zugangsgewinnen auch Leistungsversprechen für die Zukunft gegenüberstehen, wenn ja, inwieweit geschah dies, und welche Langzeit-Modellrechnungen gibt es im Einzelnen für die
- a) gesetzliche Rente,
 - b) gesetzliche Krankenversicherung,
 - c) gesetzliche Pflegeversicherung?
25. Wird die Bundesregierung Studien in Auftrag geben, die die Auswirkungen der Zuwanderung auf die langfristige Entwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung vor dem Hintergrund der Alterung der Bevölkerung und unter Berücksichtigung der Rentenphase von Zuwanderern untersuchen?

Die Fragen 24 und 25 werden gemeinsam beantwortet.

Die Bundesregierung erstellt regelmäßig langfristige Vorausberechnungen zur finanziellen Entwicklung der Rentenversicherung, die im jährlich erscheinenden Rentenversicherungsbericht veröffentlicht werden. Die Vorausberechnungen basieren dabei auf den jeweils aktuellen amtlichen koordinierten Bevölkerungsvorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes, die Zuwanderung berücksichtigen.

26. Wie haben sich die Arbeitslosenquoten und die Hilfequoten nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) im Zeitraum von 2005 bis 2023 entwickelt (bitte in tabellarischer Darstellung insgesamt sowie nach folgenden Staatsangehörigkeiten getrennt ausweisen: Deutsche, Ausländer, EU-Ausländer, Briten bis 2020, Drittstaatsangehörige, Ukrainer, Ausländer aus den Top-8-Asylherkunftsländern)?

Angaben zu Arbeitslosen- und SGB-II-Hilfequoten nach Staatsangehörigkeit liegen erst ab 2010 vor. Im Dezember 2023 lag die SGB-II-Hilfequote der deutschen Staatsangehörigen bei 5,2 Prozent, die der ausländischen Staatsangehörigen bei 20,8 Prozent. Weitere Informationen können aus dem Tabellenblatt zu den Fragen 26 bis 31 im Anhang* entnommen werden.

27. Wie haben sich die Arbeitslosenquoten und die SGB-II-Hilfequoten für Ausländer aus der Ukraine, Armenien, Aserbaidschan, Belarus und Moldau im Zeitraum von 2005 bis 2023 entwickelt (bitte in tabellarischer Darstellung ausweisen)?

Im Dezember 2023 lag die SGB-II-Hilfequote der Personen mit ukrainischer Staatsangehörigkeit bei 63,5 Prozent, mit armenischer Staatsangehörigkeit bei 23,9 Prozent und mit aserbaidshanischer Staatsangehörigkeit bei 23,1 Prozent. Weitere Informationen können aus dem Tabellenblatt zu den Fragen 26 bis 31 im Anhang* entnommen werden.

28. Wie haben sich die Arbeitslosenquoten und die SGB-II-Hilfequoten für Ausländer aus den USA und Kanada sowie der Schweiz im Zeitraum von 2005 bis 2023 entwickelt (bitte in tabellarischer Darstellung ausweisen)?

Im Dezember 2023 lag die Hilfequote der Personen mit US-Staatsangehörigkeit bei 2,1 Prozent, mit kanadischer Staatsangehörigkeit bei 1,7 Prozent und mit Schweizer Staatsangehörigkeit bei 2,2 Prozent. Weitere Informationen können aus dem Tabellenblatt zu den Fragen 26 bis 31 im Anhang* entnommen werden.

29. Wie haben sich die Arbeitslosenquoten und die SGB-II-Hilfequoten für Ausländer aus Japan, China, Südkorea, den Philippinen, Vietnam und Singapur im Zeitraum von 2005 bis 2023 entwickelt (bitte in tabellarischer Darstellung ausweisen)?

Angaben zu Personen aus der Republik Korea können aus Plausibilitätsgründen nicht ausgewertet werden. Im Dezember 2023 lag die SGB-II-Hilfequote der Personen mit japanischer Staatsangehörigkeit bei 0,6 Prozent, mit chinesischer Staatsangehörigkeit bei 1,6 Prozent, mit philippinischer Staatsangehörigkeit bei 2,4 Prozent, mit vietnamesischer Staatsangehörigkeit bei 10,5 Prozent und mit singapurischer Staatsangehörigkeit bei 0,8 Prozent. Weitere Informationen können aus dem Tabellenblatt zu den Fragen 26 bis 31 im Anhang* entnommen werden.

* Von einer Drucklegung der Anlage wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 20/13751 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

30. Wie haben sich die Arbeitslosenquoten und die SGB-II-Hilfequoten für Ausländer aus der Türkei und dem Libanon im Zeitraum von 2005 bis 2023 entwickelt (bitte in tabellarischer Darstellung ausweisen)?

Angaben zu Personen aus dem Libanon können aus Plausibilitätsgründen nicht ausgewertet werden. Im Dezember 2023 lag die SGB-II-Hilfequote der Personen mit türkischer Staatsangehörigkeit bei 15,2 Prozent. Weitere Informationen können aus dem Tabellenblatt zu den Fragen 26 bis 31 im Anhang* entnommen werden.

31. Wie haben sich die Arbeitslosenquoten und die SGB-II-Hilfequoten für Ausländer aus Afrika im Zeitraum von 2005 bis 2023 entwickelt für
- Afrika insgesamt,
 - die nordafrikanischen Staaten Ägypten, Algerien, Libyen, Marokko, Tunesien (bitte einzeln ausweisen),
 - Afrika südlich der Sahara ohne Südafrika,
 - Südafrika
- (bitte jeweils in tabellarischer Darstellung getrennt ausweisen)?

Im Dezember 2023 lag die SGB-II-Hilfequote der Personen einer Staatsangehörigkeit aus Afrika insgesamt bei 20,7 Prozent, mit Staatsangehörigkeit aus Südafrika bei 2,5 Prozent, mit Staatsangehörigkeit aus einem Staat Nordafrikas bei 14,4 Prozent und mit Staatsangehörigkeiten einer der afrikanischen Staaten südlich der Sahara (ohne Südafrika) bei 24,1 Prozent. Weitere Informationen können aus dem Tabellenblatt zu den Fragen 26 bis 31 im Anhang* und für einzelne Staatsangehörigkeiten aus der „Interaktiven Statistik“ der Bundesagentur für Arbeit entnommen werden.

32. Wie hoch sind aktuell Anzahl und Anteil der Arbeitslosen (bitte in tabellarischer Darstellung insgesamt sowie nach folgenden Staatsangehörigkeiten getrennt ausweisen: Deutsche, Ausländer, EU-Ausländer, Drittstaatsangehörige, Ukrainer, Ausländer aus den Top-8-Asylherkunftsländern)?

Im Juni 2024 waren insgesamt rund 2,73 Mio. Personen arbeitslos gemeldet, darunter rund 1,71 Mio. bzw. 63 Prozent mit deutscher Staatsangehörigkeit und rund 1,02 Mio. bzw. 37 Prozent mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Weitere Informationen können aus dem Tabellenblatt zu den Fragen 32 und 34 im Anhang* entnommen werden.

33. Wie hoch sind aktuell Anzahl und Anteil der arbeitslosen EU-Bürger (EU-27) und Drittstaatsangehörigen, differenziert nach Staatsangehörigkeit (bitte in tabellarischer Darstellung ausweisen)?

Im Juni 2024 waren rund 224 000 Personen mit EU-Staatsangehörigkeit und rund 796 000 Personen mit Drittstaatsangehörigkeit arbeitslos gemeldet. Weitere Informationen können aus dem Tabellenblatt zu Frage 33 im Anhang* entnommen werden.

* Von einer Drucklegung der Anlage wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 20/13751 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

34. Wie hoch sind aktuell Anzahl und Anteil der Langzeitarbeitslosen (bitte in tabellarischer Darstellung insgesamt sowie nach folgenden Staatsangehörigkeiten getrennt ausweisen: Deutsche, Ausländer, EU-Ausländer, Drittstaatsangehörige, Ukrainer, Ausländer aus den Top-8-Asylherkunftsländern)?

Im Juni 2024 waren in Deutschland insgesamt rund 965 000 Langzeitarbeitslose gemeldet, darunter waren rund 650 000 bzw. 67 Prozent Langzeitarbeitslose mit deutscher Staatsangehörigkeit und rund 314 000 bzw. 33 Prozent Langzeitarbeitslose mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Weitere Informationen können aus dem Tabellenblatt zu den Fragen 32 und 34 im Anhang* entnommen werden.

35. Wie hoch sind aktuell Anzahl und Anteil der Leistungsempfänger nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch mit den Untergruppen der Regelleistungsberechtigten und der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (bitte in tabellarischer Darstellung insgesamt und nach folgenden Staatsangehörigkeiten getrennt sowie die jeweilige Hilfequote ausweisen: Deutsche, Ausländer, EU-Ausländer, Drittstaatsangehörige, Ukrainer, Ausländer aus den Top-8-Asylherkunftsländern)?

Im März 2024 haben rund 5,55 Mio. Regelleistungsberechtigte SGB-II-Leistungen erhalten, darunter waren rund 2,89 Mio. mit deutscher Staatsangehörigkeit und rund 2,66 Mio. mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Unter den insgesamt rund 5,55 Mio. Regelleistungsberechtigten waren rund 4,01 Mio. erwerbsfähige Leistungsberechtigte. Weitere Informationen können aus dem Tabellenblatt zu Frage 35 im Anhang* entnommen werden.

36. Wie hoch sind aktuell Anzahl und Anteil der Leistungsempfänger nach dem SGB II, die bereits ein Jahr oder länger als ein Jahr Leistungen beziehen (bitte in tabellarischer Darstellung insgesamt und nach folgenden Staatsangehörigkeiten getrennt sowie die jeweilige Hilfequote ausweisen: Deutsche, Ausländer, EU-Ausländer, Drittstaatsangehörige, Ukrainer, Ausländer aus den Top-8-Asylherkunftsländern)?

Im Dezember 2023 waren in Deutschland rund 5,46 Mio. Regelleistungsberechtigte (RLB) registriert. Der Anteil der RLB, die seit mindestens einem Jahr Leistungen beziehen, lag bei 75 Prozent. Unter den Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit betrug dieser Anteil 77 Prozent und bei Personen mit einem ausländischen Pass waren es 74 Prozent. Weitere Informationen können aus dem Tabellenblatt zu Frage 36 im Anhang* entnommen werden.

37. Wie hoch sind aktuell Anzahl und Anteil der Leistungsempfänger nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) (Sozialhilfe), differenziert nach dem Dritten Kapitel – Hilfe zum Lebensunterhalt – und dem Vierten Kapitel – Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung – (bitte in tabellarischer Darstellung insgesamt und nach folgenden Staatsangehörigkeiten getrennt sowie die jeweilige Hilfequote ausweisen: Deutsche, Ausländer, EU-Ausländer, Drittstaatsangehörige, Ukrainer, Ausländer aus den Top-8-Asylherkunftsländern)?

* Von einer Drucklegung der Anlage wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 20/13751 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

38. Wie hoch sind aktuell Anzahl und Anteil der Drittstaatsangehörigen unter den Leistungsempfängern nach dem SGB XII, differenziert nach Kontinenten und Staatsangehörigkeiten sowie nach dem Dritten Kapitel – Hilfe zum Lebensunterhalt – und dem Vierten Kapitel – Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung – (bitte in tabellarischer Darstellung, jeweils absolut und in Prozent, sowie die Hilfequote ausweisen)?

Die Fragen 37 und 38 werden gemeinsam beantwortet.

Die aktuellsten zum Jahresende vorliegenden Daten der Sozialhilfestatistik zu Leistungsempfängern der Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen nach dem Dritten Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch sowie von Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem Vierten Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch in der gewünschten Differenzierung können den Tabellenblättern zu den Fragen 37 und 38 im Anhang* entnommen werden.

Aufgrund der geringen Anzahl von Personen mit Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt werden die Hilfequoten hier je 1 000 Einwohnerinnen bzw. Einwohnern und nicht als Prozentsatz (je 100 Einwohnerinnen bzw. Einwohnern) ausgewiesen. Um den entsprechenden Prozentwert zu erhalten, kann die angegebene Quote je 1 000 Einwohnerinnen bzw. Einwohnern durch 10 dividiert bzw. das Komma um eine Stelle nach links verschoben werden.

39. Wie hoch war die Anzahl der Auswanderer mit deutscher Staatsangehörigkeit und der Rückwanderer mit deutscher Staatsangehörigkeit im Jahr 2023, und welches sind die Zielländer der deutschen Auswanderer (bitte in tabellarischer Darstellung zusammen mit dem Wanderungssaldo ausweisen)?

Die Antwort kann der folgenden Tabelle entnommen werden.

Wanderungen über die Grenzen Deutschlands 2023 nach Zielländern

Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit

Zielländer	Fortzüge	Saldo
Europa	96 520	–38 106
Belgien	1 913	–486
Bulgarien	1 041	–587
Dänemark	2 996	–2 021
Estland	106	–41
Finnland	438	–210
Frankreich	5 826	–1 706
Griechenland	1 533	–734
Irland	899	–257
Italien	3 382	–1 468
Kroatien	876	–485
Lettland	132	–1
Litauen	123	–41
Luxemburg	626	–145
Malta	293	–135
Niederlande	3 780	–1 407
Österreich	12 504	–6 349
Polen	4 080	–2 119

* Von einer Drucklegung der Anlage wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 20/13751 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

Zielländer	Fortzüge	Saldo
Portugal	2 569	-1 143
Rumänien	1 424	-784
Schweden	2 545	-1 344
Slowakei	198	-102
Slowenien	193	-122
Spanien	8 727	-3 910
Tschechische Republik	770	-265
Ungarn	1 703	-916
Zypern	885	-536
EU-Länder	59 562	-27 314
Albanien	82	-5
Andorra	25	-11
Belarus	115	+47
Bosnien und Herzegowina	196	-72
Island	148	-70
Kosovo	166	-21
Liechtenstein	69	-39
Moldau, Republik	64	+25
Monaco	27	-9
Montenegro	148	-73
Nordmazedonien	86	-30
Norwegen	1 191	-497
Russische Föderation	3 153	+1 814
San Marino	.	-2
Schweiz	20 973	-12 633
Serbien	318	-111
Türkei	5 371	+1 536
Ukraine	330	+39
Vatikanstadt	.	±0
Vereinigtes Königreich	4 494	-680
Außereuropäisches Ausland	40 125	-3 319
Afrika	4 318	+545
Ägypten	652	-101
Algerien	202	+22
Angola	6	+11
Aquatorialguinea	.	-1
Äthiopien	115	-1
Benin	11	+10
Botsuana	4	+22
Burkina Faso	5	+12
Burundi	5	+7
Côte d'Ivoire	32	-4
Dschibuti	5	-2
Eritrea	9	-1
Eswatini	4	+4
Gabun	7	-1
Gambia	40	+25
Ghana	149	+77
Guinea	19	+19
Guinea-Bissau	.	±0
Kamerun	79	+44
Kap Verde	11	+7
Kenia	265	-44

Zielländer	Fortzüge	Saldo
Komoren	–	±0
Kongo, Republik	7	+3
Kongo, Demokratische Republik	23	+6
Lesotho	6	+2
Liberia	6	+2
Libyen	109	–60
Madagaskar	33	–7
Malawi	25	+4
Mali	21	+13
Marokko	585	–135
Mauretanien	26	±0
Mauritius	76	–32
Mosambik	37	+1
Namibia	191	+24
Niger	7	+20
Nigeria	94	+107
Ruanda	23	+7
Sambia	44	+16
São Tomé und Príncipe	.	+3
Senegal	83	+7
Seychellen	8	–2
Sierra Leone	14	+7
Simbabwe	13	+1
Somalia	20	–4
Südafrika	654	+143
Sudan einschließlich ehemaliger Sudan	12	+172
Südsudan	.	–6
Tansania	104	+23
Togo	38	+47
Tschad	13	+10
Tunesien	320	+30
Uganda	84	+35
Zentralafrikanische Republik	10	+3
Amerika	16 929	–2 144
Antigua und Barbuda	.	–4
Argentinien	333	+145
Bahamas	25	–5
Barbados	12	+2
Belize	16	+12
Bolivien	253	+24
Brasilien	1 140	+100
Chile	351	+148
Costa Rica	341	–106
Dominica	.	–2
Dominikanische Republik	207	+5
Ecuador	183	+101
El Salvador	19	+12
Grenada	.	–1
Guatemala	73	+33
Guyana	–	±0
Haiti	.	+24
Honduras	23	+7
Jamaika	29	–2

Zielländer	Fortzüge	Saldo
Kanada	2 137	-642
Kolumbien	326	+163
Kuba	66	+46
Mexiko	849	+143
Nicaragua	40	+3
Panama	116	-24
Paraguay	674	-108
Peru	280	+65
Asien	2 883	-1 127
Nepal	62	-8
Oman	57	-22
Pakistan	349	+133
Palästinensische Gebiete ¹	84	+92
Philippinen	564	-72
Saudi-Arabien	402	-252
Singapur	503	+28
Sri Lanka	167	-42
Syrien	147	-21
Tadschikistan	22	-1
Taiwan ¹	132	±0
Thailand	2 190	-961
Timor-Leste	10	-3
Turkmenistan	.	+1
Usbekistan	30	+26
Vereinigte Arabische Emirate	2 285	-1 431
Vietnam	345	-38
Australien und Ozeanien	4 057	-1 516
Australien	3 025	-1 200
Cookinseln	.	+2
Fidschi	.	+7
Kiribati	.	-1
Marshallinseln	.	-2
Mikronesien	.	-3
Nauru	-	±0
Neuseeland	966	-308
Niue	-	±0
Palau	3	-3
Papua-Neuguinea	44	-1
Salomonen	.	-1
Samoa	.	-2
Tonga	.	-1
Tuvalu	.	±0
Vanuatu	.	-3
Unbekanntes Ausland	2 706	-1 596
Ohne Angabe/Ungeklärt	125 684	-30 658
Insgesamt	265 035	-73 679

1 Von Deutschland nicht als Staaten anerkannte Gebiete.

Bei den mit Punkt (.) gekennzeichneten Feldern ist der Zahlenwert geheim zu halten.

© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2024 – Wanderungsstatistik

40. Sind der Bundesregierung das Bildungsniveau bzw. die berufliche Qualifikation der deutschen Auswanderer und der deutschen Rückwanderer im Jahr 2023 bekannt, und wenn ja, wie schlüsseln sich diese im Detail auf (bitte in tabellarischer Darstellung ausweisen)?

Es wird auf die Antwort zu Frage 1 der Kleinen Anfrage der Fraktion der AfD auf Bundestagsdrucksache 20/12277 verwiesen.

Für 2023 liegen keine vergleichbaren Daten vor.

41. Ist der Bundesregierung die Altersstruktur der deutschen Auswanderer und der deutschen Rückwanderer bekannt (ggf. bitte in tabellarischer Darstellung und mit Aufschlüsselung nach Alterskohorten in Zehnjahresschritten ausweisen)?

Die Daten können der folgenden Tabelle entnommen werden.

Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit

Alter der Wandernden	Fortzüge
unter 1 bis 10	27 797
10 bis 20	21 370
20 bis 30	66 400
30 bis 40	59 657
40 bis 50	37 162
50 bis 60	26 547
60 bis 70	16 613
70 bis 80	5 768
80 bis 90	3 054
90 und mehr	667
Insgesamt	265 035

42. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über einen möglichen sogenannten Brain Drain im Zusammenhang mit der Auswanderung von hochqualifizierten Deutschen – z. B. Ärzten, Ingenieuren und Wissenschaftlern – vor?

Die Abwanderung von hochqualifizierten Deutschen ins Ausland ist im Vergleich zu anderen Ländern wie beispielsweise einigen osteuropäischen Staaten relativ moderat. Es wird geschätzt, dass jährlich einige zehntausend deutsche Staatsangehörige, darunter viele Hochqualifizierte, ins Ausland gehen. Diese Zahl ist in den letzten Jahren angestiegen, bleibt aber im internationalen Vergleich überschaubar. Ein bedeutender Anteil der hochqualifizierten Auswanderinnen und Auswanderer kehrt nach einigen Jahren zurück nach Deutschland, was den langfristigen Verlust von Know-how relativiert.

Der Brain Drain in Deutschland ist ein reales, aber relativ moderates Phänomen. Die Abwanderung hochqualifizierter Fachkräfte kann in bestimmten Bereichen in Deutschland Herausforderungen darstellen, wird jedoch durch Rückkehrerinnen und Rückkehrer und internationale Zuwanderung teilweise kompensiert. Die deutsche Politik und Wirtschaft arbeiten aktiv daran, die Rahmenbedingungen zu verbessern, um Deutschland als attraktiven Standort für Hochqualifizierte zu erhalten.

Im Hinblick auf die Auswanderung von Ärztinnen und Ärzten wird auf die Antwort, insbesondere die darin enthaltene Vorbemerkung der Bundesregierung, der Kleinen Anfrage der Fraktion der AfD auf Bundestagsdrucksache

19/17060 verwiesen. Dieser, in der Drucksache dargestellte Trend der positiven Nettoimmigration (S. 5) wurde im Zeitraum von Ende 2019 bis Ende 2023 fortgesetzt.

Datum	Anzahl ausländischer Ärztinnen und Ärzte	Emigration Ärztinnen und Ärzte	Nettoimmigration
31.12.2019	+3 302	1 862* (767)	+1 440
31.12.2020	+3 585	–1 674* (762)	+1 911
31.12.2021	+1 093	–1 916* (835)	–823
31.12.2022	+2 683	–2 290* (989)	+393
31.12.2023	+3 884	–2 187* (873)	+1 697
Gesamt:	+14 547	–9 929* (4 226)	+4 618

* Diese Zahl umfasst auch emigrierte ausländische Ärztinnen und Ärzte. Die Anzahl der emigrierten ausländischen Ärztinnen und Ärzte ist dahinter in Klammern gesetzt.

Quelle: Ärztestatistik der Bundesärztekammer von 2019 bis 2023

Im Hinblick auf publizierende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ist Deutschland in den letzten zehn Jahren zum Nettoempfängerland geworden. Der Anteil der Zuziehenden übertraf im Zeitraum zwischen 2005 bis 2020 den der Wegziehenden, was sich in einem Nettozuzug von mehr als 5 400 publizierenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern widerspiegelt. Internationale Mobilität kann mittel- und langfristig positive Auswirkungen auf Länder haben, die mit Abwanderung konfrontiert sind. Abgewanderte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler können im Ausland wertvolle Erfahrungen sammeln, ihr Netzwerk erweitern und dadurch ihre Produktivität nach Rückkehr in ihr Heimatland erhöhen (vgl. Gutachten zu Forschung, Innovation und Technologischer Leistungsfähigkeit Deutschlands 2024 (www.e-fi.de/)). Deutschland kann durch eine solche zirkuläre Migration profitieren.

43. Wird die Bundesregierung eine Studie zu den Wanderungsbewegungen deutscher Staatsangehöriger unter Berücksichtigung der Altersstruktur, des Bildungsniveaus, der Qualifikation, der Motive für den Fortzug und den Rückzug sowie der Dauer des Aufenthalts im Ausland in Auftrag geben?

Das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) als Geschäftsbereichsbehörde des Bundesministeriums des Innern und für Heimat untersucht die Wanderungsbewegungen deutscher Staatsangehöriger seit vielen Jahren.

Das Bildungsniveau und die Qualifikation der ins Ausland fortziehenden sowie wieder zurückziehenden deutschen Staatsangehörigen ist ein wesentliches Thema seines Forschungsprogramms und seiner Politikberatung (z. B. www.bib.bund.de/Publikation/2015/pdf/International-Mobil-Motive-Rahmenbedingungen-und-Folgen.pdf).

In den Jahren von 2018 bis 2022 führte das BiB in Zusammenarbeit mit der Universität Duisburg-Essen eine Längsschnittbefragung zu den Wanderungsbewegungen deutscher Staatsangehöriger durch, die unter anderem durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft gefördert wurde. Auch für die kommenden Jahre ist geplant, dass das BiB die Thematik im Rahmen seiner Forschungstätigkeit weiterbearbeitet.

44. Warum fördert die Bundesregierung im Rahmen ihrer Fachkräftestrategie (www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/fachkraefestrategie-der-bundesregierung.pdf?__blob=publicationFile&v=8) die Zuwanderung, berücksichtigt aber nach Wahrnehmung der Fragesteller nicht die Auswanderung deutscher Fachkräfte?

Mit dem Maßnahmenpaket der branchenübergreifenden Fachkräftestrategie vom Oktober 2022 unterstützt die Bundesregierung die Anstrengungen der Unternehmen und Betriebe, Fachkräfte zu gewinnen und auch zu halten. Insgesamt benennt die Fachkräftestrategie fünf zentrale Handlungsfelder (vgl. Antwort zu Frage 23). Eines dieser Handlungsfelder lautet „Moderne Einwanderungspolitik, Reduzierung der Abwanderung“. Das entsprechende Kapitel 3.5 in der Fachkräftestrategie berücksichtigt die Abwanderung von Fachkräften. Gleichzeitig können Maßnahmen, die Deutschland für Zuwanderung attraktiv machen, im Gegenzug auch dazu beitragen, dass Fachkräfte in Deutschland bleiben.

Frage 11: Sozialversicherungspflichtig und ausschließlich geringfügig Beschäftigte nach Staatsangehörigkeit - Absolut

Deutschland (Arbeitsort)

Zeitreihe

Staatsangehörigkeit	Stichtag	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte			ausschließlich geringfügig Beschäftigte
		Insgesamt	darunter		Insgesamt
			Vollzeit	Teilzeit	
		1	2	3	4
Insgesamt	31. Dezember 2015	31.149.605	22.771.539	8.375.836	5.005.805
	31. Dezember 2016	31.847.718	23.103.965	8.743.652	4.945.458
	31. Dezember 2017	32.608.868	23.499.694	9.109.165	4.864.129
	31. Dezember 2018	33.286.212	23.871.574	9.414.638	4.775.449
	31. Dezember 2019	33.740.124	24.009.698	9.730.426	4.669.760
	31. Dezember 2020	33.700.284	23.882.960	9.817.324	4.234.880
	31. Dezember 2021	34.284.367	24.179.042	10.105.325	4.227.733
	31. Dezember 2022	34.705.174	24.374.133	10.331.041	4.294.272
	31. Dezember 2023	34.915.438	24.378.517	10.536.921	4.301.652
Deutsch	31. Dezember 2015	28.214.562	20.686.040	7.526.391	4.418.700
	31. Dezember 2016	28.604.216	20.799.529	7.804.591	4.345.306
	31. Dezember 2017	28.987.794	20.913.016	8.074.770	4.249.312
	31. Dezember 2018	29.313.642	21.015.218	8.298.424	4.158.123
	31. Dezember 2019	29.504.034	20.969.603	8.534.431	4.050.708
	31. Dezember 2020	29.340.394	20.737.008	8.603.386	3.678.393
	31. Dezember 2021	29.579.798	20.767.104	8.812.694	3.664.461
	31. Dezember 2022	29.594.268	20.653.777	8.940.491	3.694.988
	31. Dezember 2023	29.513.899	20.458.595	9.055.304	3.669.560
Ausland ¹⁾	31. Dezember 2015	2.934.846	2.085.357	849.390	587.036
	31. Dezember 2016	3.243.341	2.304.327	939.009	600.084
	31. Dezember 2017	3.620.912	2.586.560	1.034.351	614.770
	31. Dezember 2018	3.972.300	2.856.152	1.116.148	617.276
	31. Dezember 2019	4.235.709	3.039.814	1.195.895	618.977
	31. Dezember 2020	4.359.324	3.145.515	1.213.809	556.392
	31. Dezember 2021	4.703.880	3.411.432	1.292.448	563.176
	31. Dezember 2022	5.110.879	3.720.341	1.390.538	599.270
	31. Dezember 2023	5.401.403	3.919.791	1.481.612	632.081
EU ohne Deutschland ²⁾	31. Dezember 2015	1.572.408	1.138.374	434.005	230.806
	31. Dezember 2016	1.745.621	1.267.446	478.174	234.137
	31. Dezember 2017	1.924.899	1.407.697	517.202	236.617
	31. Dezember 2018	2.079.344	1.532.518	546.826	236.084
	31. Dezember 2019	2.174.043	1.600.808	573.235	236.896
	31. Dezember 2020	2.223.055	1.642.964	580.091	212.817
	31. Dezember 2021	2.358.136	1.754.064	604.072	211.445
	31. Dezember 2022	2.469.686	1.847.374	622.312	212.486
	31. Dezember 2023	2.512.648	1.874.896	637.752	212.024

Frage 11: Sozialversicherungspflichtig und ausschließlich geringfügig Beschäftigte nach Staatsangehörigkeit - Absolut

Deutschland (Arbeitsort)

Zeitreihe

Staatsangehörigkeit	Stichtag	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte			ausschließlich geringfügig Beschäftigte
		Insgesamt	darunter		Insgesamt
			Vollzeit	Teilzeit	
		1	2	3	4
Drittstaaten ²⁾	31. Dezember 2015	1.350.156	938.626	411.460	354.266
	31. Dezember 2016	1.484.887	1.028.174	456.709	363.995
	31. Dezember 2017	1.682.501	1.169.733	512.767	376.177
	31. Dezember 2018	1.878.800	1.314.163	564.637	379.230
	31. Dezember 2019	2.046.988	1.429.220	617.768	380.092
	31. Dezember 2020	2.121.550	1.492.772	628.778	341.754
	31. Dezember 2021	2.330.439	1.647.177	683.262	349.917
	31. Dezember 2022	2.625.605	1.862.742	762.863	385.000
	31. Dezember 2023	2.872.982	2.034.594	838.388	418.251
166 Ukraine	31. Dezember 2015	35.152	22.686	12.466	9.642
	31. Dezember 2016	38.673	24.875	13.798	9.382
	31. Dezember 2017	42.378	27.266	15.112	9.380
	31. Dezember 2018	45.790	29.468	16.322	9.460
	31. Dezember 2019	49.630	32.014	17.616	10.032
	31. Dezember 2020	52.148	34.114	18.034	7.701
	31. Dezember 2021	56.852	37.541	19.311	7.955
	31. Dezember 2022	126.456	84.422	42.034	29.767
	31. Dezember 2023	169.529	113.974	55.555	44.209
168 Vereinigtes Königreich	31. Dezember 2015	35.305	27.906	7.399	3.224
	31. Dezember 2016	36.713	28.844	7.869	3.153
	31. Dezember 2017	37.990	29.755	8.235	3.148
	31. Dezember 2018	38.445	29.991	8.454	3.040
	31. Dezember 2019	37.277	28.835	8.442	2.826
	31. Dezember 2020	35.913	27.712	8.201	2.415
	31. Dezember 2021	33.946	26.258	7.688	2.249
	31. Dezember 2022	32.641	25.445	7.196	2.092
	31. Dezember 2023	31.542	24.479	7.063	1.955
Asylherkunftsländer (Top 8) ⁴⁾	31. Dezember 2015	88.904	54.789	34.112	32.676
	31. Dezember 2016	130.798	82.588	48.210	47.585
	31. Dezember 2017	209.766	139.983	69.783	64.163
	31. Dezember 2018	298.863	207.298	91.565	72.006
	31. Dezember 2019	362.652	252.675	109.977	74.855
	31. Dezember 2020	394.730	282.045	112.685	66.904
	31. Dezember 2021	464.784	336.144	128.640	72.809
	31. Dezember 2022	518.205	375.820	142.385	79.823
	31. Dezember 2023	568.792	408.045	160.747	94.174

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

1) Die Zählweise von Ausländern hat sich im Vergleich zu früheren Publikationen geändert. Staatenlose und Personen ohne Angabe zur Staatsangehörigkeit werden nun nicht mehr unter „Keine Angabe“, sondern zu den Ausländern gezählt. Details dazu finden Sie in der Hintergrundinfo „Statistiken nach Staatsangehörigkeit – neue Zuordnung von Staatenlosen und Personen ohne Angabe der Staatsangehörigkeit“ auf unserer Internetseite Grundlagen > Methodik und Qualität > Methodenberichte und Hintergrundinfos > Übergreifende Themen.

2) EU ohne Deutschland = enthält alle Staaten, die 2024 Mitglied der EU sind

3) Drittstaaten = Ausland ohne EU-Staaten und die weiteren EWR-Staaten (Island, Liechtenstein, Norwegen) sowie die Schweiz.

4) Asylherkunftsländer (Top 8) = enthalten sind Personen mit der Staatsangehörigkeit Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien.

Frage 11: Sozialversicherungspflichtig und ausschließlich geringfügig Beschäftigte nach Staatsangehörigkeit - Anteile in % jeweils an Ingesamt

Deutschland (Arbeitsort)

Zeitreihe

Staatsangehörigkeit	Stichtag	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte			ausschließlich geringfügig Beschäftigte
		Insgesamt	darunter		Insgesamt
			Vollzeit	Teilzeit	
		1	2	3	4
Insgesamt	31. Dezember 2015	100,0	100,0	100,0	100,0
	31. Dezember 2016	100,0	100,0	100,0	100,0
	31. Dezember 2017	100,0	100,0	100,0	100,0
	31. Dezember 2018	100,0	100,0	100,0	100,0
	31. Dezember 2019	100,0	100,0	100,0	100,0
	31. Dezember 2020	100,0	100,0	100,0	100,0
	31. Dezember 2021	100,0	100,0	100,0	100,0
	31. Dezember 2022	100,0	100,0	100,0	100,0
	31. Dezember 2023	100,0	100,0	100,0	100,0
Deutsch	31. Dezember 2015	90,6	90,8	89,9	88,3
	31. Dezember 2016	89,8	90,0	89,3	87,9
	31. Dezember 2017	88,9	89,0	88,6	87,4
	31. Dezember 2018	88,1	88,0	88,1	87,1
	31. Dezember 2019	87,4	87,3	87,7	86,7
	31. Dezember 2020	87,1	86,8	87,6	86,9
	31. Dezember 2021	86,3	85,9	87,2	86,7
	31. Dezember 2022	85,3	84,7	86,5	86,0
	31. Dezember 2023	84,5	83,9	85,9	85,3
Ausland ¹⁾	31. Dezember 2015	9,4	9,2	10,1	11,7
	31. Dezember 2016	10,2	10,0	10,7	12,1
	31. Dezember 2017	11,1	11,0	11,4	12,6
	31. Dezember 2018	11,9	12,0	11,9	12,9
	31. Dezember 2019	12,6	12,7	12,3	13,3
	31. Dezember 2020	12,9	13,2	12,4	13,1
	31. Dezember 2021	13,7	14,1	12,8	13,3
	31. Dezember 2022	14,7	15,3	13,5	14,0
	31. Dezember 2023	15,5	16,1	14,1	14,7
EU ohne Deutschland ²⁾	31. Dezember 2015	5,0	5,0	5,2	4,6
	31. Dezember 2016	5,5	5,5	5,5	4,7
	31. Dezember 2017	5,9	6,0	5,7	4,9
	31. Dezember 2018	6,2	6,4	5,8	4,9
	31. Dezember 2019	6,4	6,7	5,9	5,1
	31. Dezember 2020	6,6	6,9	5,9	5,0
	31. Dezember 2021	6,9	7,3	6,0	5,0
	31. Dezember 2022	7,1	7,6	6,0	4,9
	31. Dezember 2023	7,2	7,7	6,1	4,9

Frage 11: Sozialversicherungspflichtig und ausschließlich geringfügig Beschäftigte nach Staatsangehörigkeit - Anteile in % jeweils an Insgesamt

Deutschland (Arbeitsort)

Zeitreihe

Staatsangehörigkeit	Stichtag	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte			ausschließlich geringfügig Beschäftigte
		Insgesamt	darunter		Insgesamt
			Vollzeit	Teilzeit	
		1	2	3	4
Drittstaaten ²⁾	31. Dezember 2015	4,3	4,1	4,9	7,1
	31. Dezember 2016	4,7	4,5	5,2	7,4
	31. Dezember 2017	5,2	5,0	5,6	7,7
	31. Dezember 2018	5,6	5,5	6,0	7,9
	31. Dezember 2019	6,1	6,0	6,3	8,1
	31. Dezember 2020	6,3	6,3	6,4	8,1
	31. Dezember 2021	6,8	6,8	6,8	8,3
	31. Dezember 2022	7,6	7,6	7,4	9,0
	31. Dezember 2023	8,2	8,3	8,0	9,7
166 Ukraine	31. Dezember 2015	0,1	0,1	0,1	0,2
	31. Dezember 2016	0,1	0,1	0,2	0,2
	31. Dezember 2017	0,1	0,1	0,2	0,2
	31. Dezember 2018	0,1	0,1	0,2	0,2
	31. Dezember 2019	0,1	0,1	0,2	0,2
	31. Dezember 2020	0,2	0,1	0,2	0,2
	31. Dezember 2021	0,2	0,2	0,2	0,2
	31. Dezember 2022	0,4	0,3	0,4	0,7
	31. Dezember 2023	0,5	0,5	0,5	1,0
168 Vereinigtes Königreich	31. Dezember 2015	0,1	0,1	0,1	0,1
	31. Dezember 2016	0,1	0,1	0,1	0,1
	31. Dezember 2017	0,1	0,1	0,1	0,1
	31. Dezember 2018	0,1	0,1	0,1	0,1
	31. Dezember 2019	0,1	0,1	0,1	0,1
	31. Dezember 2020	0,1	0,1	0,1	0,1
	31. Dezember 2021	0,1	0,1	0,1	0,1
	31. Dezember 2022	0,1	0,1	0,1	0,0
	31. Dezember 2023	0,1	0,1	0,1	0,0
Asylherkunftsländer (Top 8) ⁴⁾	31. Dezember 2015	0,3	0,2	0,4	0,7
	31. Dezember 2016	0,4	0,4	0,6	1,0
	31. Dezember 2017	0,6	0,6	0,8	1,3
	31. Dezember 2018	0,9	0,9	1,0	1,5
	31. Dezember 2019	1,1	1,1	1,1	1,6
	31. Dezember 2020	1,2	1,2	1,1	1,6
	31. Dezember 2021	1,4	1,4	1,3	1,7
	31. Dezember 2022	1,5	1,5	1,4	1,9
	31. Dezember 2023	1,6	1,7	1,5	2,2

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

1) Die Zählweise von Ausländern hat sich im Vergleich zu früheren Publikationen geändert. Staatenlose und Personen ohne Angabe zur Staatsangehörigkeit werden nun nicht mehr unter „Keine Angabe“, sondern zu den Ausländern gezählt. Details dazu finden Sie in der Hintergrundinfo „Statistiken nach Staatsangehörigkeit – neue Zuordnung von Staatenlosen und Personen ohne Angabe der Staatsangehörigkeit“ auf unserer Internetseite Grundlagen > Methodik und Qualität > Methodenberichte und Hintergrundinfos > Übergreifende Themen.

2) EU ohne Deutschland = enthält alle Staaten, die 2024 Mitglied der EU sind

3) Drittstaaten = Ausland ohne EU-Staaten und die weiteren EWR-Staaten (Island, Liechtenstein, Norwegen) sowie die Schweiz.

4) Asylherkunftsländer (Top 8) = enthalten sind Personen mit der Staatsangehörigkeit Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien.

Frage 13: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Staatsangehörigkeit und Anforderungsniveau der KIdB 2010 - Absolut

Deutschland (Arbeitsort)

Zeitreihe

Staatsangehörigkeit	Stichtag	Insgesamt	darunter			
			1 Helfer	2 Fachkraft	3 Spezialist	4 Experte
			1	2	3	4
Insgesamt	31. Dezember 2015	31.149.605	4.589.338	18.485.931	3.955.115	3.928.925
	31. Dezember 2016	31.847.718	4.782.946	18.751.374	4.056.503	4.069.900
	31. Dezember 2017	32.608.868	4.996.887	19.051.895	4.162.965	4.209.717
	31. Dezember 2018	33.286.212	5.097.664	19.372.791	4.231.471	4.396.480
	31. Dezember 2019	33.740.124	5.142.105	19.548.208	4.331.601	4.530.761
	31. Dezember 2020	33.700.284	5.124.631	19.413.626	4.366.915	4.610.245
	31. Dezember 2021	34.284.367	5.442.855	19.302.940	4.610.550	4.747.352
	31. Dezember 2022	34.705.174	5.558.732	19.121.571	4.932.578	4.914.012
	31. Dezember 2023	34.915.438	5.576.807	19.053.677	5.055.886	5.054.166
Deutsch	31. Dezember 2015	28.214.562	3.579.063	17.043.628	3.760.062	3.649.465
	31. Dezember 2016	28.604.216	3.643.481	17.175.342	3.844.150	3.762.125
	31. Dezember 2017	28.987.794	3.699.078	17.308.875	3.929.528	3.870.909
	31. Dezember 2018	29.313.642	3.682.210	17.453.261	3.980.731	4.017.770
	31. Dezember 2019	29.504.034	3.652.060	17.494.840	4.059.314	4.118.574
	31. Dezember 2020	29.340.394	3.592.910	17.310.587	4.082.274	4.178.158
	31. Dezember 2021	29.579.798	3.746.161	17.092.869	4.290.026	4.278.697
	31. Dezember 2022	29.594.268	3.721.954	16.756.271	4.561.183	4.385.268
	31. Dezember 2023	29.513.899	3.651.430	16.560.654	4.653.348	4.482.413
Ausland ¹⁾	31. Dezember 2015	2.934.846	1.010.246	1.442.195	195.031	279.422
	31. Dezember 2016	3.243.341	1.139.428	1.575.954	212.335	307.747
	31. Dezember 2017	3.620.912	1.297.779	1.742.932	233.420	338.781
	31. Dezember 2018	3.972.300	1.415.423	1.919.403	250.705	378.633
	31. Dezember 2019	4.235.709	1.489.985	2.053.204	272.229	412.088
	31. Dezember 2020	4.359.324	1.531.655	2.102.809	284.538	431.920
	31. Dezember 2021	4.703.880	1.696.623	2.209.792	320.399	468.441
	31. Dezember 2022	5.110.879	1.836.775	2.365.290	371.387	528.738
	31. Dezember 2023	5.401.403	1.925.375	2.493.015	402.537	571.751
EU ohne Deutschland ²⁾	31. Dezember 2015	1.572.408	563.459	757.745	106.448	142.373
	31. Dezember 2016	1.745.621	643.168	834.287	113.704	152.068
	31. Dezember 2017	1.924.899	722.280	916.464	122.195	161.507
	31. Dezember 2018	2.079.344	773.284	1.000.303	129.358	173.891
	31. Dezember 2019	2.174.043	801.233	1.050.623	137.278	182.336
	31. Dezember 2020	2.223.055	822.458	1.068.902	142.047	186.954
	31. Dezember 2021	2.358.136	897.663	1.107.913	154.858	194.994
	31. Dezember 2022	2.469.686	939.450	1.150.905	171.185	205.366
	31. Dezember 2023	2.512.648	942.171	1.176.995	178.607	212.108
Drittstaaten ²⁾	31. Dezember 2015	1.350.156	445.664	679.237	86.502	133.199
	31. Dezember 2016	1.484.887	495.041	736.244	96.434	151.696
	31. Dezember 2017	1.682.501	574.213	820.835	108.864	173.055
	31. Dezember 2018	1.878.800	640.813	913.192	118.900	200.279
	31. Dezember 2019	2.046.988	687.357	996.472	132.364	225.180
	31. Dezember 2020	2.121.550	707.801	1.027.798	139.914	240.340
	31. Dezember 2021	2.330.439	797.471	1.095.669	162.769	268.624
	31. Dezember 2022	2.625.605	895.797	1.208.155	197.321	318.433
	31. Dezember 2023	2.872.982	981.580	1.309.903	220.933	354.618

Frage 13: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Staatsangehörigkeit und Anforderungsniveau der KIdB 2010 - Absolut

Deutschland (Arbeitsort)

Zeitreihe

Staatsangehörigkeit	Stichtag	Insgesamt	darunter			
			1 Helfer	2 Fachkraft	3 Spezialist	4 Experte
			1	2	3	4
166 Ukraine	31. Dezember 2015	35.152	8.508	16.556	3.701	6.334
	31. Dezember 2016	38.673	9.242	18.157	4.086	7.133
	31. Dezember 2017	42.378	10.008	19.809	4.651	7.860
	31. Dezember 2018	45.790	10.433	21.467	5.013	8.820
	31. Dezember 2019	49.630	11.479	22.959	5.646	9.489
	31. Dezember 2020	52.148	12.176	23.827	6.034	10.055
	31. Dezember 2021	56.852	13.551	25.100	7.180	10.962
	31. Dezember 2022	126.456	50.505	47.244	11.141	17.454
	31. Dezember 2023	169.529	72.907	64.372	13.162	18.888
168 Vereinigtes Königreich	31. Dezember 2015	35.305	3.851	14.699	5.863	10.845
	31. Dezember 2016	36.713	4.137	15.088	6.149	11.291
	31. Dezember 2017	37.990	4.333	15.463	6.430	11.718
	31. Dezember 2018	38.445	4.502	15.338	6.522	12.042
	31. Dezember 2019	37.277	4.493	14.572	6.499	11.671
	31. Dezember 2020	35.913	4.529	13.548	6.342	11.452
	31. Dezember 2021	33.946	4.326	12.584	6.170	10.824
	31. Dezember 2022	32.641	3.979	11.824	6.152	10.643
	31. Dezember 2023	31.542	3.706	11.134	5.986	10.672
Asylherkunftsländer (Top 8) ⁴⁾	31. Dezember 2015	88.904	36.456	38.910	3.913	9.216
	31. Dezember 2016	130.798	56.714	55.782	5.399	12.431
	31. Dezember 2017	209.766	98.731	87.709	7.154	15.670
	31. Dezember 2018	298.863	141.496	128.248	8.983	19.519
	31. Dezember 2019	362.652	164.069	163.390	11.427	23.084
	31. Dezember 2020	394.730	173.092	181.627	13.281	25.927
	31. Dezember 2021	464.784	207.332	209.448	16.864	30.140
	31. Dezember 2022	518.205	223.655	236.211	21.347	35.871
	31. Dezember 2023	568.792	245.085	257.944	24.398	40.140

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

1) Die Zählweise von Ausländern hat sich im Vergleich zu früheren Publikationen geändert. Staatenlose und Personen ohne Angabe zur Staatsangehörigkeit werden nun nicht mehr unter „Keine Angabe“, sondern zu den Ausländern gezählt. Details dazu finden Sie in der Hintergrundinfo „Statistiken nach Staatsangehörigkeit – neue Zuordnung von Staatenlosen und Personen ohne Angabe der Staatsangehörigkeit“ auf unserer Internetseite Grundlagen > Methodik und Qualität > Methodenberichte und Hintergrundinfos > Übergreifende Themen.

2) EU ohne Deutschland = enthält alle Staaten, die 2024 Mitglied der EU sind

3) Drittstaaten = Ausland ohne EU-Staaten und die weiteren EWR-Staaten (Island, Liechtenstein, Norwegen) sowie die Schweiz.

4) Asylherkunftsländer (Top 8) = enthalten sind Personen mit der Staatsangehörigkeit Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien.

Frage 13: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Staatsangehörigkeit und Anforderungsniveau der KIdB 2010 - Anteile in % jeweils an Insgesamt

Deutschland (Arbeitsort)

Zeitreihe

Staatsangehörigkeit	Stichtag	Insgesamt	darunter			
			1 Helfer	2 Fachkraft	3 Spezialist	4 Experte
		1	2	3	4	5
Insgesamt	31. Dezember 2015	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	31. Dezember 2016	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	31. Dezember 2017	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	31. Dezember 2018	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	31. Dezember 2019	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	31. Dezember 2020	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	31. Dezember 2021	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	31. Dezember 2022	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	31. Dezember 2023	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Deutsch	31. Dezember 2015	90,6	78,0	92,2	95,1	92,9
	31. Dezember 2016	89,8	76,2	91,6	94,8	92,4
	31. Dezember 2017	88,9	74,0	90,9	94,4	92,0
	31. Dezember 2018	88,1	72,2	90,1	94,1	91,4
	31. Dezember 2019	87,4	71,0	89,5	93,7	90,9
	31. Dezember 2020	87,1	70,1	89,2	93,5	90,6
	31. Dezember 2021	86,3	68,8	88,6	93,0	90,1
	31. Dezember 2022	85,3	67,0	87,6	92,5	89,2
	31. Dezember 2023	84,5	65,5	86,9	92,0	88,7
Ausland ¹⁾	31. Dezember 2015	9,4	22,0	7,8	4,9	7,1
	31. Dezember 2016	10,2	23,8	8,4	5,2	7,6
	31. Dezember 2017	11,1	26,0	9,1	5,6	8,0
	31. Dezember 2018	11,9	27,8	9,9	5,9	8,6
	31. Dezember 2019	12,6	29,0	10,5	6,3	9,1
	31. Dezember 2020	12,9	29,9	10,8	6,5	9,4
	31. Dezember 2021	13,7	31,2	11,4	6,9	9,9
	31. Dezember 2022	14,7	33,0	12,4	7,5	10,8
	31. Dezember 2023	15,5	34,5	13,1	8,0	11,3
EU ohne Deutschland ²⁾	31. Dezember 2015	5,0	12,3	4,1	2,7	3,6
	31. Dezember 2016	5,5	13,4	4,4	2,8	3,7
	31. Dezember 2017	5,9	14,5	4,8	2,9	3,8
	31. Dezember 2018	6,2	15,2	5,2	3,1	4,0
	31. Dezember 2019	6,4	15,6	5,4	3,2	4,0
	31. Dezember 2020	6,6	16,0	5,5	3,3	4,1
	31. Dezember 2021	6,9	16,5	5,7	3,4	4,1
	31. Dezember 2022	7,1	16,9	6,0	3,5	4,2
	31. Dezember 2023	7,2	16,9	6,2	3,5	4,2
Drittstaaten ²⁾	31. Dezember 2015	4,3	9,7	3,7	2,2	3,4
	31. Dezember 2016	4,7	10,4	3,9	2,4	3,7
	31. Dezember 2017	5,2	11,5	4,3	2,6	4,1
	31. Dezember 2018	5,6	12,6	4,7	2,8	4,6
	31. Dezember 2019	6,1	13,4	5,1	3,1	5,0
	31. Dezember 2020	6,3	13,8	5,3	3,2	5,2
	31. Dezember 2021	6,8	14,7	5,7	3,5	5,7
	31. Dezember 2022	7,6	16,1	6,3	4,0	6,5
	31. Dezember 2023	8,2	17,6	6,9	4,4	7,0

Frage 13: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Staatsangehörigkeit und Anforderungsniveau der KIdB 2010 - Anteile in % jeweils an Insgesamt

Deutschland (Arbeitsort)

Zeitreihe

Staatsangehörigkeit	Stichtag	Insgesamt	darunter			
			1 Helfer	2 Fachkraft	3 Spezialist	4 Experte
		1	2	3	4	5
166 Ukraine	31. Dezember 2015	0,1	0,2	0,1	0,1	0,2
	31. Dezember 2016	0,1	0,2	0,1	0,1	0,2
	31. Dezember 2017	0,1	0,2	0,1	0,1	0,2
	31. Dezember 2018	0,1	0,2	0,1	0,1	0,2
	31. Dezember 2019	0,1	0,2	0,1	0,1	0,2
	31. Dezember 2020	0,2	0,2	0,1	0,1	0,2
	31. Dezember 2021	0,2	0,2	0,1	0,2	0,2
	31. Dezember 2022	0,4	0,9	0,2	0,2	0,4
	31. Dezember 2023	0,5	1,3	0,3	0,3	0,4
168 Vereinigtes Königreich	31. Dezember 2015	0,1	0,1	0,1	0,1	0,3
	31. Dezember 2016	0,1	0,1	0,1	0,2	0,3
	31. Dezember 2017	0,1	0,1	0,1	0,2	0,3
	31. Dezember 2018	0,1	0,1	0,1	0,2	0,3
	31. Dezember 2019	0,1	0,1	0,1	0,2	0,3
	31. Dezember 2020	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2
	31. Dezember 2021	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2
	31. Dezember 2022	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2
	31. Dezember 2023	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2
Asylherkunftsländer (Top 8) ⁴⁾	31. Dezember 2015	0,3	0,8	0,2	0,1	0,2
	31. Dezember 2016	0,4	1,2	0,3	0,1	0,3
	31. Dezember 2017	0,6	2,0	0,5	0,2	0,4
	31. Dezember 2018	0,9	2,8	0,7	0,2	0,4
	31. Dezember 2019	1,1	3,2	0,8	0,3	0,5
	31. Dezember 2020	1,2	3,4	0,9	0,3	0,6
	31. Dezember 2021	1,4	3,8	1,1	0,4	0,6
	31. Dezember 2022	1,5	4,0	1,2	0,4	0,7
	31. Dezember 2023	1,6	4,4	1,4	0,5	0,8

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

1) Die Zählweise von Ausländern hat sich im Vergleich zu früheren Publikationen geändert. Staatenlose und Personen ohne Angabe zur Staatsangehörigkeit werden nun nicht mehr unter „Keine Angabe“, sondern zu den Ausländern gezählt. Details dazu finden Sie in der Hintergrundinfo „Statistiken nach Staatsangehörigkeit – neue Zuordnung von Staatenlosen und Personen ohne Angabe der Staatsangehörigkeit“ auf unserer Internetseite Grundlagen > Methodik und Qualität > Methodenberichte und Hintergrundinfos > Übergreifende Themen.

2) EU ohne Deutschland = enthält alle Staaten, die 2024 Mitglied der EU sind

3) Drittstaaten = Ausland ohne EU-Staaten und die weiteren EWR-Staaten (Island, Liechtenstein, Norwegen) sowie die Schweiz.

4) Asylherkunftsländer (Top 8) = enthalten sind Personen mit der Staatsangehörigkeit Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien.

Frage 15: Sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte der Kerngruppe mit Angaben zum Bruttomonatsentgelt nach Staatsangehörigkeit

Deutschland (Arbeitsort)

Zeitreihe

Staatsangehörigkeit	Median in €, jeweils zum Stichtag 31.12.								
	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Insgesamt	3.083	3.133	3.209	3.304	3.401	3.427	3.516	3.646	3.796
Deutsch	3.140	3.202	3.294	3.403	3.509	3.541	3.643	3.785	3.945
Ausland ¹⁾	2.463	2.446	2.462	2.529	2.613	2.638	2.728	2.881	3.034
EU ohne Deutschland ²⁾	2.304	2.287	2.327	2.416	2.506	2.523	2.607	2.760	2.920
Drittstaaten ³⁾	2.649	2.653	2.650	2.696	2.763	2.791	2.880	3.023	3.164
166 Ukraine	2.691	2.746	2.881	3.014	3.068	3.081	3.176	2.535	2.591
168 Vereinigtes Königreich	4.004	4.033	4.126	4.197	4.304	4.368	4.515	4.774	5.006
Asylherkunftsländer (Top 8) ⁴⁾	1.960	1.916	1.839	1.894	2.035	2.121	2.262	2.493	2.671

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

1) Die Zählweise von Ausländern hat sich im Vergleich zu früheren Publikationen geändert. Staatenlose und Personen ohne Angabe zur Staatsangehörigkeit werden nun nicht mehr unter „Keine Angabe“, sondern zu den Ausländern gezählt. Details dazu finden Sie in der Hintergrundinfo „Statistiken nach Staatsangehörigkeit – neue Zuordnung von Staatenlosen und Personen ohne Angabe der Staatsangehörigkeit“ auf unserer Internetseite Grundlagen > Methodik und Qualität > Methodenberichte und Hintergrundinfos > Übergreifende Themen.

2) EU ohne Deutschland = enthält alle Staaten, die 2024 Mitglied der EU sind

3) Drittstaaten = Ausland ohne EU-Staaten und die weiteren EWR-Staaten (Island, Liechtenstein, Norwegen) sowie die Schweiz.

4) Asylherkunftsländer (Top 8) = enthalten sind Personen mit der Staatsangehörigkeit Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien.

Frage 16: Sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte der Kerngruppe mit Angaben zum Bruttomonatsentgelt im unteren Entgeltbereich nach Staatsangehörigkeit

Deutschland (Arbeitsort)

Zeitreihe

Staatsangehörigkeit	Stichtag	sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte der Kerngruppe mit Angaben zum Entgelt		
		Insgesamt	darunter: mit Entgelten unter der bundeseinheitlichen Schwelle des unteren Entgeltbereichs (2.530 €) ¹⁾	
			absolut	Anteil an Sp.1 in %
		1	2	3
Insgesamt	31. Dezember 2015	20.372.912	4.121.372	20,2
	31. Dezember 2016	20.707.738	4.154.064	20,1
	31. Dezember 2017	21.069.446	4.166.936	19,8
	31. Dezember 2018	21.440.102	4.141.034	19,3
	31. Dezember 2019	21.554.942	4.056.473	18,8
	31. Dezember 2020	21.452.043	4.005.519	18,7
	31. Dezember 2021	21.743.380	3.926.363	18,1
	31. Dezember 2022	21.977.297	3.626.013	16,5
	31. Dezember 2023	21.989.270	3.361.537	15,3
Deutsch	31. Dezember 2015	18.474.448	3.431.600	18,6
	31. Dezember 2016	18.607.533	3.363.502	18,1
	31. Dezember 2017	18.716.496	3.264.153	17,4
	31. Dezember 2018	18.838.311	3.151.421	16,7
	31. Dezember 2019	18.781.832	3.024.398	16,1
	31. Dezember 2020	18.571.507	2.943.651	15,9
	31. Dezember 2021	18.608.016	2.810.621	15,1
	31. Dezember 2022	18.536.331	2.519.372	13,6
	31. Dezember 2023	18.364.102	2.280.087	12,4
Ausland ¹⁾	31. Dezember 2015	1.898.331	689.739	36,3
	31. Dezember 2016	2.100.100	790.537	37,6
	31. Dezember 2017	2.352.836	902.757	38,4
	31. Dezember 2018	2.601.600	989.581	38,0
	31. Dezember 2019	2.772.843	1.032.018	37,2
	31. Dezember 2020	2.880.127	1.061.802	36,9
	31. Dezember 2021	3.134.891	1.115.677	35,6
	31. Dezember 2022	3.440.952	1.106.637	32,2
	31. Dezember 2023	3.625.160	1.081.448	29,8
EU ohne Deutschland ³⁾	31. Dezember 2015	1.063.559	437.903	41,2
	31. Dezember 2016	1.191.436	506.511	42,5
	31. Dezember 2017	1.327.394	564.033	42,5
	31. Dezember 2018	1.452.724	601.686	41,4
	31. Dezember 2019	1.522.838	614.772	40,4
	31. Dezember 2020	1.565.320	631.170	40,3
	31. Dezember 2021	1.670.446	653.791	39,1
	31. Dezember 2022	1.762.783	628.759	35,7
	31. Dezember 2023	1.790.174	587.949	32,8

Frage 16: Sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte der Kerngruppe mit Angaben zum Bruttomonatsentgelt im unteren Entgeltbereich nach Staatsangehörigkeit

Deutschland (Arbeitsort)

Zeitreihe

Staatsangehörigkeit	Stichtag	sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte der Kerngruppe mit Angaben zum Entgelt		
		Insgesamt	darunter: mit Entgelten unter der bundeseinheitlichen Schwelle des unteren Entgeltbereichs (2.530 €) ¹⁾	
			absolut	Anteil an Sp.1 in %
		1	2	3
Drittstaaten ⁴⁾	31. Dezember 2015	826.932	250.590	30,3
	31. Dezember 2016	900.461	282.684	31,4
	31. Dezember 2017	1.016.904	337.454	33,2
	31. Dezember 2018	1.139.953	386.550	33,9
	31. Dezember 2019	1.240.759	415.876	33,5
	31. Dezember 2020	1.305.534	429.254	32,9
	31. Dezember 2021	1.454.768	460.440	31,7
	31. Dezember 2022	1.668.444	476.628	28,6
	31. Dezember 2023	1.825.187	492.313	27,0
166 Ukraine	31. Dezember 2015	19.541	6.053	31,0
	31. Dezember 2016	21.290	6.407	30,1
	31. Dezember 2017	23.302	6.621	28,4
	31. Dezember 2018	25.418	6.821	26,8
	31. Dezember 2019	27.858	7.746	27,8
	31. Dezember 2020	30.182	8.602	28,5
	31. Dezember 2021	33.601	9.367	27,9
	31. Dezember 2022	79.045	35.649	45,1
	31. Dezember 2023	107.004	50.143	46,9
168 Vereinigtes Königreich	31. Dezember 2015	26.746	3.310	12,4
	31. Dezember 2016	27.725	3.567	12,9
	31. Dezember 2017	28.605	3.729	13,0
	31. Dezember 2018	28.932	3.747	12,9
	31. Dezember 2019	27.857	3.661	13,1
	31. Dezember 2020	26.793	3.602	13,4
	31. Dezember 2021	25.396	3.209	12,6
	31. Dezember 2022	24.657	2.651	10,8
	31. Dezember 2023	23.723	2.352	9,9
Asylherkunftsländer (Top 8) ⁵⁾	31. Dezember 2015	45.791	24.910	54,4
	31. Dezember 2016	65.393	38.492	58,9
	31. Dezember 2017	106.622	70.276	65,9
	31. Dezember 2018	157.512	105.802	67,2
	31. Dezember 2019	192.997	122.388	63,4
	31. Dezember 2020	220.610	130.023	58,9
	31. Dezember 2021	274.720	150.359	54,7
	31. Dezember 2022	318.667	147.436	46,3
	31. Dezember 2023	352.483	147.773	41,9

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

1) In Anlehnung an die Definition der OECD liegt die Schwelle des unteren Entgeltbereichs bei 2/3 des Medianentgelts aller sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten der Kerngruppe.

2) Die Zählweise von Ausländern hat sich im Vergleich zu früheren Publikationen geändert. Staatenlose und Personen ohne Angabe der Staatsangehörigkeit werden nun nicht mehr unter „Keine Angabe“, sondern zu den Ausländern gezählt. Details dazu finden Sie in der Hintergrundinfo „Statistiken nach Staatsangehörigkeit – neue Zuordnung von Staatenlosen und Personen ohne Angabe der Staatsangehörigkeit“ auf unserer Internetseite Grundlagen > Methodik und Qualität > Methodenberichte und Hintergrundinfos > Übergreifende Themen.

3) EU ohne Deutschland = enthält alle Staaten, die 2024 Mitglied der EU sind

4) Drittstaaten = Ausland ohne EU-Staaten und die weiteren EWR-Staaten (Island, Liechtenstein, Norwegen) sowie die Schweiz.

5) Asylherkunftsländer (Top 8) = enthalten sind Personen mit der Staatsangehörigkeit Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien.

Fragen 26 bis 31: Arbeitslosenquote (mit eingeschränkter Bezugsgröße) und SGB II-Hilfsquote nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten

Deutschland

Zeitreihe (jeweils Dezember)

Berichtsmonat	Staatsangehörigkeit	Arbeitslosenquote mit eingeschränkter Bezugsgröße 1)	SGB II-Quote bezogen auf Bevölkerung (AZR) 2)
	1	2	3
Dezember 2010	Deutschland	7,7	x
Dezember 2011		7,0	8,1
Dezember 2012		7,1	8,1
Dezember 2013		7,0	8,1
Dezember 2014		6,7	8,0
Dezember 2015		6,3	7,8
Dezember 2016		5,7	7,3
Dezember 2017		5,2	6,9
Dezember 2018		4,8	6,4
Dezember 2019		4,7	5,9
Dezember 2020		5,7	6,0
Dezember 2021		4,9	5,6
Dezember 2022		4,7	5,3
Dezember 2023		5,0	5,2
Dezember 2010	Ausland	17,2	19,9
Dezember 2011		15,5	18,7
Dezember 2012		15,4	18,2
Dezember 2013		15,5	18,0
Dezember 2014		14,9	18,1
Dezember 2015		14,7	17,9
Dezember 2016		15,0	20,2
Dezember 2017		13,5	21,5
Dezember 2018		12,2	20,6
Dezember 2019		12,3	19,5
Dezember 2020		14,7	19,5
Dezember 2021		12,3	17,9
Dezember 2022		14,2	20,8
Dezember 2023		14,7	20,8
Dezember 2010	EU-Ausland	12,2	10,2
Dezember 2011		10,7	9,9
Dezember 2012		10,5	9,9
Dezember 2013		10,8	10,5
Dezember 2014		10,4	11,7
Dezember 2015		9,9	12,3
Dezember 2016		9,2	11,8
Dezember 2017		8,1	10,5
Dezember 2018		7,4	9,7
Dezember 2019		7,6	9,3
Dezember 2020		9,6	9,7
Dezember 2021		7,8	9,3
Dezember 2022		7,4	8,8
Dezember 2023		8,1	8,8
Dezember 2010	Drittstaaten	20,1	25,9
Dezember 2011		18,5	24,6
Dezember 2012		18,8	24,1
Dezember 2013		18,9	23,7
Dezember 2014		18,6	23,3
Dezember 2015		19,0	22,3
Dezember 2016		20,3	26,2
Dezember 2017		18,3	29,9
Dezember 2018		16,4	28,8
Dezember 2019		16,3	27,2
Dezember 2020		18,9	26,8
Dezember 2021		16,1	24,2
Dezember 2022		19,1	28,1
Dezember 2023		19,2	27,7
Dezember 2010	Nichteuropäische Asylherkunftsländer (Asyl Top- 8) 4)	33,9	51,2
Dezember 2011		32,8	49,0
Dezember 2012		34,2	48,6
Dezember 2013		35,8	48,0

Fragen 26 bis 31: Arbeitslosenquote (mit eingeschränkter Bezugsgröße) und SGB II-Hilfsquote nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten

Deutschland

Zeitreihe (jeweils Dezember)

Berichtsmonat	Staatsangehörigkeit	Arbeitslosenquote mit eingeschränkter Bezugsgröße ¹⁾	SGB II-Quote bezogen auf Bevölkerung (AZR) ²⁾
	1	2	3
Dezember 2014	Nichteuropäische Asylherkunftsländer (Asyl Top-8) ⁴⁾	37,8	45,4
Dezember 2015		43,0	37,4
Dezember 2016		49,9	50,1
Dezember 2017		40,2	64,2
Dezember 2018		33,1	61,8
Dezember 2019		32,0	58,2
Dezember 2020		34,8	55,7
Dezember 2021		29,4	49,3
Dezember 2022		28,8	44,8
Dezember 2023		29,2	44,1
Dezember 2010	Vereinigtes Königreich	9,0	5,5
Dezember 2011		8,2	5,4
Dezember 2012		8,3	5,2
Dezember 2013		8,3	5,2
Dezember 2014		8,0	5,3
Dezember 2015		7,7	5,1
Dezember 2016		7,0	4,7
Dezember 2017		6,2	4,1
Dezember 2018		5,6	4,1
Dezember 2019		5,6	4,2
Dezember 2020		8,1	4,8
Dezember 2021		6,1	4,2
Dezember 2022		5,6	3,7
Dezember 2023		6,7	3,7
Dezember 2010	Ukraine	27,9	35,9
Dezember 2011		25,3	33,2
Dezember 2012		23,7	30,6
Dezember 2013		23,0	29,1
Dezember 2014		21,3	26,1
Dezember 2015		19,5	22,5
Dezember 2016		16,9	20,3
Dezember 2017		15,0	19,1
Dezember 2018		13,0	17,6
Dezember 2019		11,9	16,0
Dezember 2020		13,6	15,2
Dezember 2021		11,4	13,0
Dezember 2022		54,9	63,3
Dezember 2023		48,7	63,5
Dezember 2010	Armenien	25,8	24,6
Dezember 2011		24,2	23,4
Dezember 2012		24,0	23,0
Dezember 2013		23,8	21,6
Dezember 2014		22,8	19,5
Dezember 2015		23,7	20,5
Dezember 2016		22,8	16,0
Dezember 2017		20,5	17,2
Dezember 2018		17,6	17,5
Dezember 2019		16,1	18,2
Dezember 2020		18,3	19,1
Dezember 2021		15,3	18,6
Dezember 2022		19,2	21,0
Dezember 2023		19,4	23,9
Dezember 2010	Aserbaidshon	38,6	34,7
Dezember 2011		36,1	32,5
Dezember 2012		34,2	31,3
Dezember 2013		33,0	30,1
Dezember 2014		31,1	27,8
Dezember 2015		29,2	26,6
Dezember 2016		26,7	21,1
Dezember 2017		24,5	22,7

Fragen 26 bis 31: Arbeitslosenquote (mit eingeschränkter Bezugsgröße) und SGB II-Hilfsquote nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten

Deutschland

Zeitreihe (jeweils Dezember)

Berichtsmonat	Staatsangehörigkeit	Arbeitslosenquote mit eingeschränkter Bezugsgröße ¹⁾	SGB II-Quote bezogen auf Bevölkerung (AZR) ²⁾
	1	2	3
Dezember 2018	Aserbaidshan	20,9	22,0
Dezember 2019		19,5	21,4
Dezember 2020		20,7	20,9
Dezember 2021		17,1	19,3
Dezember 2022		21,0	21,9
Dezember 2023		20,1	23,1
Dezember 2010	Belarus	19,6	19,4
Dezember 2011		18,5	17,7
Dezember 2012		17,4	16,0
Dezember 2013		16,4	15,0
Dezember 2014		15,4	14,1
Dezember 2015		13,7	12,6
Dezember 2016		11,6	11,4
Dezember 2017		10,2	10,3
Dezember 2018		9,2	9,4
Dezember 2019		8,9	8,7
Dezember 2020		10,7	8,6
Dezember 2021		8,6	7,9
Dezember 2022		8,6	8,3
Dezember 2023		9,7	8,2
Dezember 2010	Republik Moldau	28,2	30,9
Dezember 2011		26,3	29,3
Dezember 2012		23,6	26,7
Dezember 2013		23,0	25,4
Dezember 2014		20,2	22,8
Dezember 2015		17,8	18,1
Dezember 2016		14,4	15,6
Dezember 2017		12,0	15,2
Dezember 2018		9,1	12,4
Dezember 2019		8,5	10,6
Dezember 2020		9,6	9,6
Dezember 2021		7,3	6,7
Dezember 2022		9,1	7,6
Dezember 2023		8,7	8,4
Dezember 2010	Vereingte Staaten	8,5	4,3
Dezember 2011		7,4	4,0
Dezember 2012		7,2	3,9
Dezember 2013		7,9	3,9
Dezember 2014		7,6	3,9
Dezember 2015		6,9	3,6
Dezember 2016		6,1	3,3
Dezember 2017		5,7	3,0
Dezember 2018		5,4	2,7
Dezember 2019		5,4	2,5
Dezember 2020		7,2	3,0
Dezember 2021		5,6	2,5
Dezember 2022		5,1	2,2
Dezember 2023		5,9	2,1
Dezember 2010	Kanada	5,5	2,9
Dezember 2011		5,2	2,8
Dezember 2012		5,1	2,6
Dezember 2013		5,2	2,5
Dezember 2014		5,0	2,5
Dezember 2015		4,6	2,4
Dezember 2016		4,6	2,2
Dezember 2017		4,0	2,1
Dezember 2018		3,6	1,8
Dezember 2019		3,7	1,7
Dezember 2020		5,9	2,2
Dezember 2021	4,1	2,0	

Fragen 26 bis 31: Arbeitslosenquote (mit eingeschränkter Bezugsgröße) und SGB II-Hilfsquote nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten

Deutschland

Zeitreihe (jeweils Dezember)

Berichtsmonat	Staatsangehörigkeit	Arbeitslosenquote mit eingeschränkter Bezugsgröße ¹⁾	SGB II-Quote bezogen auf Bevölkerung (AZR) ²⁾
	1	2	3
Dezember 2022	Kanada	4,0	1,9
Dezember 2023		5,1	1,7
Dezember 2010	Schweiz	7,0	2,8
Dezember 2011		5,9	2,6
Dezember 2012		6,2	2,4
Dezember 2013		6,1	2,6
Dezember 2014		5,7	2,5
Dezember 2015		5,5	2,4
Dezember 2016		5,3	2,4
Dezember 2017		4,7	2,2
Dezember 2018		4,4	2,2
Dezember 2019		4,1	2,1
Dezember 2020		6,0	2,5
Dezember 2021		5,0	2,3
Dezember 2022		4,8	2,1
Dezember 2023		5,1	2,2
Dezember 2010	Japan	3,9	1,0
Dezember 2011		3,4	1,0
Dezember 2012		3,9	0,9
Dezember 2013		4,0	0,9
Dezember 2014		3,4	0,9
Dezember 2015		3,6	0,9
Dezember 2016		3,1	0,7
Dezember 2017		2,6	0,7
Dezember 2018		2,5	0,6
Dezember 2019		2,5	0,6
Dezember 2020		4,4	1,0
Dezember 2021		3,3	0,8
Dezember 2022		3,2	0,6
Dezember 2023		3,1	0,6
Dezember 2010	China	5,0	3,2
Dezember 2011		4,7	3,0
Dezember 2012		4,7	2,9
Dezember 2013		5,1	2,8
Dezember 2014		4,8	2,6
Dezember 2015		4,6	2,4
Dezember 2016		4,3	2,1
Dezember 2017		3,7	2,0
Dezember 2018		3,2	1,8
Dezember 2019		3,6	1,7
Dezember 2020		6,1	2,2
Dezember 2021		4,2	2,0
Dezember 2022		3,7	1,8
Dezember 2023		4,0	1,6
Dezember 2010	Republik Korea ³⁾	x	x
Dezember 2011		x	x
Dezember 2012		x	x
Dezember 2013		x	x
Dezember 2014		x	x
Dezember 2015		x	x
Dezember 2016		x	x
Dezember 2017		x	x
Dezember 2018		x	x
Dezember 2019		x	x
Dezember 2020		x	x
Dezember 2021		x	x
Dezember 2022		x	x
Dezember 2023		x	x
Dezember 2010	Philippinen	9,0	9,3
Dezember 2011		7,3	8,9

Fragen 26 bis 31: Arbeitslosenquote (mit eingeschränkter Bezugsgröße) und SGB II-Hilfsquote nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten

Deutschland

Zeitreihe (jeweils Dezember)

Berichtsmonat	Staatsangehörigkeit	Arbeitslosenquote mit eingeschränkter Bezugsgröße ¹⁾	SGB II-Quote bezogen auf Bevölkerung (AZR) ²⁾
	1	2	3
Dezember 2012	Philippinen	7,5	8,4
Dezember 2013		8,0	8,5
Dezember 2014		7,6	8,5
Dezember 2015		7,3	8,0
Dezember 2016		6,1	7,0
Dezember 2017		5,1	6,3
Dezember 2018		4,4	5,3
Dezember 2019		3,6	4,5
Dezember 2020		5,0	4,4
Dezember 2021		3,0	3,6
Dezember 2022		2,6	2,8
Dezember 2023		2,6	2,4
Dezember 2010		Vietnam	18,6
Dezember 2011	17,8		26,8
Dezember 2012	17,6		27,1
Dezember 2013	17,5		27,3
Dezember 2014	16,6		26,7
Dezember 2015	15,7		24,9
Dezember 2016	13,7		22,7
Dezember 2017	11,8		20,7
Dezember 2018	9,8		18,1
Dezember 2019	8,8		15,5
Dezember 2020	12,1		17,1
Dezember 2021	8,9		14,8
Dezember 2022	7,9		12,5
Dezember 2023	7,0	10,5	
Dezember 2010	Singapur	7,7	2,0
Dezember 2011		3,5	2,0
Dezember 2012		5,0	1,9
Dezember 2013		5,6	1,3
Dezember 2014		4,3	1,2
Dezember 2015		4,9	1,3
Dezember 2016		5,2	1,4
Dezember 2017		5,4	1,2
Dezember 2018		2,7	1,1
Dezember 2019		2,2	0,8
Dezember 2020		3,9	1,1
Dezember 2021		3,3	1,1
Dezember 2022		3,3	1,0
Dezember 2023	3,3	0,8	
Dezember 2010	Türkei	19,5	27,7
Dezember 2011		18,0	26,3
Dezember 2012		18,3	25,9
Dezember 2013		18,4	25,9
Dezember 2014		17,9	25,4
Dezember 2015		17,4	23,9
Dezember 2016		16,3	22,0
Dezember 2017		15,1	20,6
Dezember 2018		14,1	19,1
Dezember 2019		14,3	18,2
Dezember 2020		17,2	18,8
Dezember 2021		15,2	17,6
Dezember 2022		14,3	16,1
Dezember 2023	14,7	15,2	
Dezember 2010	Libanon ³⁾	x	x
Dezember 2011		x	x
Dezember 2012		x	x
Dezember 2013		x	x
Dezember 2014		x	x
Dezember 2015		x	x

Fragen 26 bis 31: Arbeitslosenquote (mit eingeschränkter Bezugsgröße) und SGB II-Hilfsquote nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten

Deutschland

Zeitreihe (jeweils Dezember)

Berichtsmonat	Staatsangehörigkeit	Arbeitslosenquote mit eingeschränkter Bezugsgröße ¹⁾	SGB II-Quote bezogen auf Bevölkerung (AZR) ²⁾
	1	2	3
Dezember 2016	Libanon ³⁾	x	x
Dezember 2017		x	x
Dezember 2018		x	x
Dezember 2019		x	x
Dezember 2020		x	x
Dezember 2021		x	x
Dezember 2022		x	x
Dezember 2023		x	x
Dezember 2010	Afrika	22,8	32,2
Dezember 2011		21,7	31,3
Dezember 2012		22,1	30,4
Dezember 2013		22,3	28,6
Dezember 2014		21,7	26,0
Dezember 2015		21,2	23,5
Dezember 2016		21,4	23,8
Dezember 2017		19,0	28,4
Dezember 2018		15,9	27,5
Dezember 2019		15,5	25,8
Dezember 2020		17,7	25,6
Dezember 2021		14,3	23,5
Dezember 2022		13,5	21,3
Dezember 2023		13,7	20,7
Dezember 2010	Südafrika	10,2	5,8
Dezember 2011		8,1	5,6
Dezember 2012		8,9	5,5
Dezember 2013		8,9	5,6
Dezember 2014		8,6	5,0
Dezember 2015		7,6	4,6
Dezember 2016		7,3	4,0
Dezember 2017		5,2	3,5
Dezember 2018		4,7	3,1
Dezember 2019		4,9	2,9
Dezember 2020		6,7	3,6
Dezember 2021		4,6	2,9
Dezember 2022		3,9	2,6
Dezember 2023		4,9	2,5
Dezember 2010	Nordafrika (Ägypten, Algerien, Libyen, Marokko, Tunesien)	23,9	33,2
Dezember 2011		23,0	32,2
Dezember 2012		23,5	30,6
Dezember 2013		24,1	28,8
Dezember 2014		23,6	27,3
Dezember 2015		22,2	24,3
Dezember 2016		20,7	22,0
Dezember 2017		18,5	22,2
Dezember 2018		16,4	21,2
Dezember 2019		16,2	19,7
Dezember 2020		18,8	19,9
Dezember 2021		15,5	17,3
Dezember 2022		14,1	15,4
Dezember 2023		13,4	14,4
Dezember 2010	Afrika südlich der Sahara (ohne Südafrika)	22,2	32,2
Dezember 2011		20,9	31,5
Dezember 2012		21,3	31,0
Dezember 2013		21,3	29,1
Dezember 2014		20,6	25,6
Dezember 2015		20,7	23,3
Dezember 2016		22,1	24,9
Dezember 2017		19,6	31,6
Dezember 2018		15,9	30,6
Dezember 2019		15,3	28,8

Fragen 26 bis 31: Arbeitslosenquote (mit eingeschränkter Bezugsgröße) und SGB II-Hilfequote nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten

Deutschland

Zeitreihe (jeweils Dezember)

Berichtsmonat	Staatsangehörigkeit	Arbeitslosenquote mit eingeschränkter Bezugsgröße ¹⁾	SGB II-Quote bezogen auf Bevölkerung (AZR) ²⁾
	1	2	3
Dezember 2020		17,4	28,4
Dezember 2021	Afrika südlich der Sahara	13,9	26,5
Dezember 2022	(ohne Südafrika)	13,3	24,5
Dezember 2023		14,0	24,1

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Hinweise: Die Arbeitslosenquote zeigt die relative Unterauslastung des Arbeitskräfteangebots an, indem sie die Zahl der (registrierten) Arbeitslosen zu der der zivilen Erwerbspersonen (Erwerbstätige plus Arbeitslose) in Beziehung setzt.

Die SGBII-Quote gibt an, wie groß der Anteil der Menschen in der Bevölkerung ist, die zur Existenzsicherung auf Leistungen aus der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGBII angewiesen sind. Zusätzlich wird auch die Hilfequote für die arbeitsmarktrelevante Teilgruppe der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten ausgewiesen.

In der Standardberichterstattung stehen diese Quoten allerdings nicht für einzelne Staatsangehörigkeiten oder Ländergruppen zur Verfügung. Außerdem werden die Quoten in der Standardberichterstattung mit einer zeitverzögerten und unterjährig fixierten Bezugsgröße berechnet. Für die (Migrations-) Staaten würde diese Berechnung zu systematischen Verzerrungen führen. Deshalb werden für die Zwecke der Migrationsberichterstattung ergänzende Quoten eingeführt, die monatlich auf Basis einer anders abgrenzten, aber periodengleichen Bezugsgröße berechnet werden. Die ergänzenden Quoten werden allein im Rahmen der Migrationsberichterstattung verwendet. Die Standardberichterstattung bleibt davon unberührt.

Für die Hilfequoten wird für Ausländer dazu als neue Quelle das Ausländerzentralregister genutzt, dessen Bestandsdaten für das Monatsende bereits im Folgemonat für alle ausländischen Staatsangehörigkeiten vorliegen. Für die Standardberichterstattung werden die Quoten dagegen auf Basis der Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung berechnet, die zwar für die gesamte Bevölkerung, aber nur als Jahreswert (für den Dezember) und nach einer Wartezeit von etwa neun Monaten zur Verfügung stehen. Dabei liegen die Ergebnisse der Ausländerstatistik nach dem Ausländerzentralregister aus erhebungsmethodischen Gründen deutlich über den Ergebnissen aus der Bevölkerungsfortschreibung. Die Hilfequoten auf Basis der Ausländerbevölkerung des Ausländerzentralregisters fallen entsprechen niedriger aus. Diese Unsicherheit ist bei der Interpretation der Daten zu berücksichtigen. Außerdem ist zu beachten, dass es sich bei den Daten aus dem Ausländerzentralregister um eine Rohdatenauszahlung ausländischer Bevölkerung vor einer Qualitätsprüfung durch das Statistische Bundesamt handelt. Darüber hinaus können diese Quoten in der Vergleichbarkeit etwas höheren Unsicherheiten oder Brüchen unterliegen, da zur Berechnung Informationen aus zwei unterschiedlichen Datenquellen (Statistik der Bundesagentur für Arbeit und Daten aus dem Ausländerzentralregister) herangezogen werden.

Die Arbeitslosenquote muss aufgrund der eingeschränkten Datenverfügbarkeit als engere Bezugsgröße die Erwerbspersonen für sozialversicherungspflichtige und geringfügige Beschäftigung verwenden. Die Einschränkung ist erforderlich, weil Angaben zu Selbständigen, Beamten und Grenzpendlern zeitnah nicht oder nicht in der erforderlichen Differenzierung zur Verfügung stehen. Aufgrund der eingeschränkten Bezugsgröße ist bei der Interpretation der ergänzenden Arbeitslosenquote zu berücksichtigen, dass ihr Niveau überzeichnet ist, weil insbesondere die Selbständigen in die ergänzende Berechnung nicht eingehen.

1) Eingeschränkte Bezugsgröße umfasst nur Erwerbspersonen für sozialversicherungspflichtige und ausschließlich geringfügige Beschäftigung im Alter von 15-64 Jahren sowie alle Arbeitslosen. Die Bezugsgröße ist zum Zähler periodengleich. Aufgrund der geänderten Berechnungsweise der Ausländerarbeitslosenquoten weichen die Quoten auf Bundes- Länder- und Regionaldirektionsebene von denen in anderen Publikationen der Standardberichterstattung ab.

2) Auf Basis des Ausländerzentralregister (AZR-Rohdatenauszahlung vor Qualitätsprüfung durch das Statistische Bundesamt) mit periodengleicher Bezugsgröße. Deutsche auf Basis der Bevölkerungsfortschreibung mit fixierter Bezugsgröße. Wegen Einführung des Zensus 2011 liegen aus der Bevölkerungsfortschreibung vergleichbare Daten erst ab (Dezember) 2011 vor.

3) Arbeitslosen- und SGB II-Hilfequoten können für die Staatsangehörigkeiten Libanon und Republik Korea auf Grund verringerte Datenqualität und Plausibilität nicht ausgewiesen werden.

4) Umfasst folgende Staatsangehörigkeiten: Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien

Fragen 32 und 34: Bestand an Arbeitslosen und Langzeitarbeitslosen nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten

Deutschland

Juni 2024, Datenstand: Juni 2024

Staatsangehörigkeit	Bestand an Arbeitslosen			
	Juni 2024			
	Insgesamt	Anteil an Insgesamt	darunter Langzeitarbeitslos	Anteil an Langzeitarbeitslosen Insgesamt
	1	2	3	4
Insgesamt	2.726.572	100	964.843	100
Deutschland	1.706.224	62,6	650.366	67,4
Ausland	1.020.342	37,4	314.472	32,6
EU ohne Deutschland	223.061	8,2	69.413	7,2
Drittstaaten	796.298	29,2	244.850	25,4
166 Ukraine	199.706	7,3	36.392	3,8
Asylherkunftsländer (Top 8)	287.705	10,6	91.642	9,5

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Frage 33: Anzahl und Anteil der arbeitslosen EU-Bürger (EU-27) und Drittstaatsangehörigen

Deutschland

Juni 2024, Datenstand: Juni 2024

Staatsangehörigkeit	Anzahl und Anteil der arbeitslosen EU-Bürger (EU-27) und Drittstaatsangehörigen	
	Juni 2024	
	1	2
Insgesamt	2.726.572	100,0
000 Deutschland	1.706.224	62,6
124 Belgien	944	0,0
125 Bulgarien	42.499	1,6
126 Dänemark	357	0,0
127 Estland	325	0,0
128 Finnland	284	0,0
129 Frankreich	3.639	0,1
130 Kroatien	13.843	0,5
131 Slowenien	914	0,0
134 Griechenland	17.857	0,7
135 Irland	603	0,0
137 Italien	28.861	1,1
139 Lettland	2.055	0,1
142 Litauen	2.607	0,1
143 Luxemburg	297	0,0
145 Malta	18	0,0
148 Niederlande	3.479	0,1
151 Österreich	3.734	0,1
152 Polen	35.907	1,3
153 Portugal	5.058	0,2
154 Rumänien	38.073	1,4
155 Slowakei	2.983	0,1
157 Schweden	1.234	0,0
161 Spanien	7.755	0,3
164 Tschechien	3.103	0,1
165 Ungarn	6.534	0,2
181 Zypern	98	0,0
Drittstaaten	796.298	29,2

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Frage 35: Bestand Leistungsberechtigte im SGB II sowie Quoten nach Erwerbsfähigkeitsstatus und Staatsangehörigkeit

Deutschland
März 2024, Datenstand: Juni 2024

Hinweis: SGB II-Quoten nach einzelnen Staatsangehörigkeiten wurden dem Tabellenheft „Migrationsmonitor“ entnommen - diese werden ausschließlich für den Migrationsmonitor und nur für eine ausgewählte Anzahl an Staatsangehörigkeiten berechnet. Quoten zu Regelleistungsberechtigten werden nicht ausgewiesen.

Staatsangehörigkeit	Bestand			Quoten	
	Leistungs- berechtigte	dar.		SGBII-Quote insgesamt	dar.
		Regelleistungs- berechtigte	dar.		Hilfequote erwerbsfähiger Leistungs- berechtigter
	1		2	3	4
Insgesamt	5.604.015	5.548.518	4.012.170	8,2	7,3
dar. Deutsche	2.933.530	2.891.958	2.113.409	5,3	4,7
Ausländer	2.670.429	2.656.504	1.898.730	21,1	17,8
EU-Ausländer (ohne Großbritannien)	407.711	405.472	291.588	9,0	7,3
Drittstaaten	2.261.694	2.250.015	1.606.352	28,0	24,1
Ukraine	724.762	722.249	506.495	63,8	59,8
acht zugangsstärkste Asyl-Herkunftsländer ¹⁾	945.707	939.979	629.151	44,9	40,6

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

¹⁾ Enthalten sind Personen mit der Staatsangehörigkeit Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien.

Frage 36: Verweildauer im SGB II nach Dauer sowie SGBII- und Hilfequoten nach Staatsangehörigkeit

Deutschland

Dezember 2023, Datenstand: Juni 2024

Hinweis: SGB II-Quoten nach einzelnen Staatsangehörigkeiten wurden dem Tabellenheft „Migrationsmonitor“ entnommen - diese werden ausschließlich für den Migrationsmonitor und nur für eine ausgewählte Anzahl an Staatsangehörigkeiten berechnet. Quoten zu Regelleistungsberechtigten werden nicht ausgewiesen.

Staatsangehörigkeit	Bestand RLB	dar.		Bestand ELB	dar.		Quoten	
		Verweildauer unter 1 Jahr in Prozent zu Sp. 1	Verweildauer 1 Jahr und länger in Prozent zu Sp. 1		dar. Verweildauer unter 1 Jahr in Prozent zu Sp. 4	Verweildauer 1 Jahr und länger in Prozent zu Sp. 4	SGBII-Quote insgesamt	dar.
								Hilfequote erwerbsfähiger Leistungsberechtigter
	1	2	3	4	5	6	7	8
Insgesamt	5.457.782	24,7	75,3	3.928.639	25,9	74,1	8,1	7,2
dar. Deutsche	2.846.685	23,1	76,9	2.077.875	23,7	76,3	5,2	4,6
Ausländer	2.611.042	26,3	73,7	1.850.737	28,4	71,6	20,8	17,4
EU-Ausländer (ohne Großbritannien)	397.485	26,0	74,0	285.217	27,0	73,0	8,8	7,1
Drittstaaten	2.212.555	26,4	73,6	1.564.748	28,6	71,4	27,7	23,6
Ukraine	710.967	28,7	71,3	494.665	31,6	68,4	63,5	59,4
acht zugangsstärkste Asyl-Herkunftsländer ¹⁾	921.323	25,5	74,5	605.842	29,5	70,5	44,1	39,4

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

¹⁾ Enthalten sind Personen mit der Staatsangehörigkeit Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien.

Frage 37: Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen am 31.12.2023 in Deutschland

Staatsangehörigkeit/Herkunft	Anzahl	Anteil in Prozent	Quote je 1000 Einwohner 2)
Insgesamt	126.225	100,0	1,5
davon			
Deutsch	83.955	66,5	1,2
Ausländer	42.270	33,5	3,3
darunter			
EU-Ausländer	4.960	3,9	1,1
Drittstaatangehörige 1)	36.845	29,2	4,6
darunter			
Ukraine	23.920	19,0	20,6
Top-8-Asylherkunftsländer	4.245	3,4	2,1
davon			
Afghanistan	700	0,6	1,9
Eritrea	250	0,2	3,3
Irak	565	0,4	2,3
Iran	330	0,3	2,3
Nigeria	275	0,2	3,6
Pakistan	95	0,1	1,1
Somalia	275	0,2	5,0
Syrien	1.755	1,4	1,9

1) Angehörige von Staaten, die nicht der Europäischen Union bzw. dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) und der Schweiz angehören.

2) Berechnung mit der Bevölkerungszahl am 31.12.2023 auf Grundlage des Zensus 2011.

Frage 37: Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung im Dezember 2023

Staatsangehörigkeit/Herkunft	Anzahl	Anteil in %	Quote in % ²⁾
Insgesamt	1.211.670	100,0	1,7
davon			
Deutsch	910.560	75,1	1,5
Ausländer	301.110	24,9	2,9
darunter			
EU-Ausländer	51.825	4,3	1,3
Drittstaatsangehörige 1)	249.110	20,6	3,9
darunter			
Ukraine	86.775	7,2	10,5
Top-8-Asylherkunftsländer	40.865	3,4	3,1
davon			
Afghanistan	9.590	0,8	3,8
Eritrea	955	0,1	1,8
Irak	6.390	0,5	3,9
Iran	5.820	0,5	4,8
Nigeria	295	0,0	0,6
Pakistan	1.705	0,1	2,4
Somalia	520	0,0	1,5
Syrien	15.590	1,3	2,6

1) Angehörige von Staaten, die nicht der Europäischen Union bzw. dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) und der Schweiz angehören.

2) Berechnung mit der Bevölkerungszahl am 31.12.2023 auf Grundlage des Zensus 2011.

Frage 38: Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen in Deutschland am 31.12.2023 nach Staatsangehörigkeit, Anteilen und Quoten

Nationalität	Anzahl	Anteil in %	Quote je 1000 Einwohner 1)
Insgesamt	126.225	100,0	1,5
darunter aus			
Europa 2)	30.285	24,0	7,4
darunter			
albanisch	90	0,1	0,7
andorranisch	-	-	-
belarussisch	40	0,0	1,5
bosnisch-herzegowinisch	440	0,3	1,8
britisch	45	0,0	0,7
britisch (BOTC)	5	0,0	X
jugoslawisch	-	-	X
jugoslawisch (Bundesrepublik)	15	0,0	X
kosovarisch	335	0,3	1,5
mazedonisch	195	0,2	1,3
moldauisch	35	0,0	0,7
monegassisch	-	-	-
montenegrinisch	75	0,1	3,7
russisch	880	0,7	3,2
san-marinesisch	-	-	-
serbisch	765	0,6	3,5
davon		0,0	
serbisch	735	0,6	X
serbisch (einschließlich Kosovo)	30	0,0	X
sowjetisch	5	0,0	X
tschechoslowakisch	15	0,0	X
türkisch	3.415	2,7	2,4
ukrainisch	23.920	19,0	20,6
vatikanisch	-	-	-
von Serbien und Montenegro	15	0,0	0,1
Afrika	1.870	1,5	2,7
davon			
ägyptisch	55	0,0	1,1
äquatorialguineisch	-	-	-
äthiopisch	105	0,1	5,4
algerisch	50	0,0	2,4
angolanisch	20	0,0	3,7
beninisch	5	0,0	1,2
botsuanisch	-	-	-
burkinisch	10	0,0	3,9
burundisch	-	-	-
cabo-verdisch	-	-	-
der Demokratischen Republik Kongo	25	0,0	3,9
dschibutisch	-	-	-
eritreisch	250	0,2	3,3
eswatinisch	-	-	-
gabunisch	-	-	-
gambisch	30	0,0	2,0
ghanaisch	110	0,1	2,4
guinea-bissauisch	5	0,0	2,3
guineisch	100	0,1	4,8
ivorisch	15	0,0	1,7
kamerunisch	40	0,0	1,3
kenianisch	25	0,0	1,9
komorisch	-	-	-
kongolesisch	20	0,0	5,3
lesothisch	-	-	-
liberianisch	10	0,0	5,1
libysch	25	0,0	1,8
madagassisch	-	-	-

Nationalität	Anzahl	Anteil in %	Quote je 1000 Einwohner 1)
malawisch	-	-	-
malisch	5	0,0	1,5
marokkanisch	245	0,2	2,6
mauretanisch	-	-	-
mauritisches	-	-	-
mosambikanisch	5	0,0	2,4
namibisch	-	-	-
nigerianisch	275	0,2	3,6
nigrisch	5	0,0	3,8
ruandisch	5	0,0	1,5
sambisch	-	-	-
sao-tomeisch	-	-	-
senegalesisch	5	0,0	0,8
seychellisch	-	-	-
sierra-leonisch	25	0,0	4,8
simbabweisch	5	0,0	1,2
somalisch	275	0,2	5,0
südafrikanisch	5	0,0	0,5
sudanesisch	10	0,0	X
sudanesisch (einschließlich Südsudan)	10	0,0	0,8
südsudanesisch	5	0,0	X
tansanisch	-	-	-
togoisch	25	0,0	2,2
tschadisch	5	0,0	6,1
tunesisch	45	0,0	0,9
ugandisch	10	0,0	2,1
zentralafrikanisch	-	-	-
Amerika	240	0,2	0,7
davon			
amerikanisch	70	0,1	0,6
antiguanisch	-	-	-
argentinisch	-	-	-
bahamaisch	-	-	-
barbadisch	-	-	-
belizisch	-	-	-
bolivianisch	-	-	-
brasilianisch	50	0,0	0,9
chilenisch	-	-	-
costa-ricanisch	-	-	-
dominicanisch	-	-	-
dominikanisch	10	0,0	1,6
ecuadorianisch	-	-	-
grenadisch	-	-	-
guatemalteckisch	-	-	-
guyanisch	-	-	-
haitianisch	-	-	-
honduranisch	-	-	-
jamaikanisch	5	0,0	3,6
kanadisch	10	0,0	0,5
kolumbianisch	15	0,0	0,5
kubanisch	30	0,0	3,4
lucianisch	-	-	-
mexikanisch	5	0,0	0,2
nicaraguanisch	-	-	-
panamaisch	-	-	-
paraguayisch	-	-	-
peruanisch	5	0,0	0,4
salvadorianisch	-	-	-
surinamisch	-	-	-
uruguayisch	5	0,0	4,4
venezolanisch	10	0,0	0,7
vincentisch	-	-	-

Nationalität	Anzahl	Anteil in %	Quote je 1000 Einwohner 1)
von St. Kitts und Nevis	-	-	-
von Trinidad und Tobago	5	0,0	9,8
Asien	4.445	3,5	1,6
davon			
afghanisch	700	0,6	1,9
armenisch	140	0,1	5,3
aserbaidshianisch	110	0,1	3,1
bahrainisch	-	-	-
bangladeschisch	5	0,0	0,2
bhutanisch	-	-	-
bruneiisch	-	-	-
chinesisch	20	0,0	0,1
davon			
chinesisch	20	0,0	X
chinesisch (Hongkong)	-	-	X
chinesisch (Macau)	-	-	X
der Demokratischen Volksrepublik Korea	-	-	-
der Republik Korea	5	0,0	0,1
der Vereinigten Arabischen Emirate	-	-	-
georgisch	60	0,0	1,4
indisch	55	0,0	0,2
indonesisch	5	0,0	0,2
irakisch	565	0,4	2,3
iranisch	330	0,3	2,3
israelisch	10	0,0	0,7
japanisch	5	0,0	0,2
jemenitisch	15	0,0	1,3
jordanisch	20	0,0	1,3
kambodschanisch	-	-	-
kasachisch	110	0,1	2,7
katarisch	-	-	-
kirgisisch	15	0,0	1,4
kuwaitisch	-	-	-
laotisch	5	0,0	5,6
libanesisch	150	0,1	3,5
malaysisch	5	0,0	0,7
maledivisch	-	-	-
mongolisch	10	0,0	1,4
myanmarisch	-	-	-
nepalesisch	5	0,0	0,5
ohne Bezeichnung (Palästinensische Gebiete)	10	0,0	1,2
omanisch	-	-	-
pakistanisch	95	0,1	1,1
philippinisch	20	0,0	2,4
saudi-arabisch	5	0,0	0,1
singapurisch	-	-	-
sri-lankisch	40	0,0	14,5
syrisch	1.755	1,4	72,2
tadschikisch	15	0,0	0,0
taiwanisch	-	-	-
thailändisch	40	0,0	0,7
turkmenisch	15	0,0	3,5
usbekisch	10	0,0	0,8
vietnamesisch	90	0,1	0,8
von Timor-Leste	-	-	-
Australien, Ozeanien und Antarktis	5	0,0	0,3
davon			
australisch	-	-	-
fidschianisch	-	-	-
kiribatisch	-	-	-

Nationalität	Anzahl	Anteil in %	Quote je 1000 Einwohner 1)
marshallisch	-	-	-
mikronesisch	-	-	-
nauruisch	-	-	-
neuseeländisch	-	-	-
palauisch	-	-	-
papua-neuguineisch	-	-	-
salomonisch	-	-	-
samoanisch	-	-	-
tongaisch	-	-	-
tuvaluisch	-	-	-
vanuatuisch	-	-	-
ohne Angabe	50	0,0	1,7
staatenlos	95	0,1	9,6
ungeklärt	305	0,2	1,8

1) Berechnung mit der Bevölkerungszahl am 31.12.2023 auf Grundlage des Zensus 2011.

2) Europa ohne Angehörige von Staaten, die der Europäischen Union bzw. dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) und der Schweiz angehören.

X = (Ehemalige) Staatsangehörigkeiten werden in der Bevölkerungsstatistik nicht ausgewiesen.

© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2024

Frage 38: Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in Deutschland im Dezember 2023 nach Staatsangehörigkeit, Anteilen und Quoten

Nationalität	Anzahl	Anteil in %	Quote 1) in %
Insgesamt	1.211.670	100,0	1,7
darunter aus			
Europa 2)	173.390	14,3	5,1
darunter			
albanisch	790	0,1	0,9
andorranisch	-	-	-
belarussisch	1.185	0,1	4,9
bosnisch-herzegowinisch	6.825	0,6	3,4
britisch	960	0,1	1,5
britisch (BOTC)	20	0,0	X
jugoslawisch	15	0,0	X
jugoslawisch (Bundesrepublik)	205	0,0	X
kosovarisch	5.975	0,5	3,7
mazedonisch	2.095	0,2	1,8
moldauisch	1.425	0,1	5,0
monegassisch	5	0,0	14,3
montenegrinisch	715	0,1	4,5
russisch	18.465	1,5	7,9
san-marinesisch	-	-	-
serbisch	8.315	0,7	4,9
davon			
serbisch	8.115	0,7	X
serbisch (einschließlich Kosovo)	200	0,0	X
sowjetisch	40	0,0	X
tschechoslowakisch	50	0,0	X
türkisch	39.330	3,2	3,0
ukrainisch	86.775	7,2	10,5
vatikanisch	10	0,0	31,3
von Serbien und Montenegro	185	0,0	0,1
Afrika	8.515	0,7	1,6
davon			
ägyptisch	330	0,0	0,8
äquatorialguineisch	5	0,0	3,2
äthiopisch	390	0,0	3,0
algerisch	385	0,0	2,1
angolanisch	160	0,0	4,1
beninisch	15	0,0	0,5
botsuanisch	-	-	-
burkinisch	15	0,0	0,7
burundisch	35	0,0	1,7
cabo-verdisch	15	0,0	4,5
der Demokratischen Republik Kongo	215	0,0	4,1
dschibutisch	5	0,0	2,9
eritreisch	955	0,1	1,8
eswatinisch	5	0,0	6,3
gabunisch	5	0,0	1,1
gambisch	70	0,0	0,5
ghanaisch	1.040	0,1	3,2
guinea-bissauisch	10	0,0	0,6
guineisch	80	0,0	0,5
ivorisch	35	0,0	0,5
kamerunisch	140	0,0	0,6
kenianisch	120	0,0	1,1
komorisch	-	-	-
kongolesisch	160	0,0	6,5
lesothisch	-	-	-
liberianisch	35	0,0	2,1
libysch	115	0,0	1,1
madagassisch	5	0,0	0,1
malawisch	-	-	-
malisch	10	0,0	0,4
marokkanisch	2.055	0,2	2,5
mauretanisch	10	0,0	1,2
mauritisch	20	0,0	1,1

Nationalität	Anzahl	Anteil in %	Quote 1) in %
mosambikanisch	35	0,0	1,9
namibisch	10	0,0	0,8
nigerianisch	295	0,0	0,6
nigrisch	15	0,0	1,4
ruandisch	25	0,0	0,9
sambisch	5	0,0	0,7
sao-tomeisch	-	-	-
senegalesisch	85	0,0	1,7
seychellisch	10	0,0	5,6
sierra-leonisch	55	0,0	1,4
simbabweisch	15	0,0	0,4
somalisch	520	0,0	1,5
südafrikanisch	95	0,0	1,2
sudanesisch	60	0,0	X
sudanesisch (einschließlich Südsudan)	35	0,0	0,4
südsudanesisch	10	0,0	X
tansanisch	20	0,0	0,8
togoisch	190	0,0	2,0
tschadisch	10	0,0	1,6
tunesisch	515	0,0	1,2
ugandisch	60	0,0	1,5
zentralafrikanisch	5	0,0	1,7
Amerika	2.555	0,2	0,8
davon			
amerikanisch	770	0,1	0,7
antiguanisch	-	-	-
argentinisch	90	0,0	0,9
bahamaisch	-	-	-
barbadisch	5	0,0	2,8
belizisch	5	0,0	7,9
bolivianisch	25	0,0	1,1
brasilianisch	350	0,0	0,7
chilenisch	185	0,0	1,7
costa-ricanisch	5	0,0	0,3
dominicanisch	15	0,0	2,6
dominikanisch	60	0,0	1,1
ecuadorianisch	65	0,0	1,0
grenadisch	-	-	-
guatemaltekiisch	10	0,0	0,8
guyanisch	5	0,0	6,0
haitianisch	5	0,0	1,0
honduranisch	15	0,0	0,7
jamaikanisch	35	0,0	2,8
kanadisch	120	0,0	0,7
kolumbianisch	165	0,0	0,6
kubanisch	125	0,0	1,6
lucianisch	-	-	-
mexikanisch	60	0,0	0,3
nicaraguanisch	5	0,0	0,4
panamaisch	10	0,0	1,4
paraguayisch	25	0,0	1,4
peruanisch	150	0,0	1,2
salvadorianisch	5	0,0	0,2
surinamisch	5	0,0	9,6
uruguayisch	30	0,0	2,9
venezolanisch	200	0,0	1,6
vincentisch	-	-	-
von St. Kitts und Nevis	-	-	-
von Trinidad und Tobago	10	0,0	2,0
Asien	60.395	5,0	2,8
davon			
afghanisch	9.590	0,8	3,8
armenisch	1.420	0,1	7,1
aserbaidshaniisch	1.610	0,1	5,9
bahrainisch	-	-	-
bangladeschisch	115	0,0	0,7

Nationalität	Anzahl	Anteil in %	Quote 1) in %
bhutanisch	5	0,0	2,1
bruneiisch	5	0,0	7,4
chinesisch	700	0,1	0,5
davon			
chinesisch	695	0,1	X
chinesisch (Hongkong)	5	0,0	X
chinesisch (Macau)	-	-	X
der Demokratischen Volksrepublik Korea	65	0,0	3,3
der Republik Korea	190	0,0	0,6
der Vereinigten Arabischen Emirate	5	0,0	0,4
georgisch	740	0,1	2,3
indisch	480	0,0	0,2
indonesisch	115	0,0	0,5
irakisch	6.390	0,5	3,9
iranisch	5.820	0,5	4,8
israelisch	315	0,0	2,4
japanisch	95	0,0	0,3
jemenitisch	90	0,0	1,0
jordanisch	205	0,0	1,5
kambodschanisch	20	0,0	2,0
kasachisch	3 705	0,3	9,9
katarisch	-	-	-
kirgisisch	720	0,1	7,4
kuwaitisch	10	0,0	0,9
laotisch	30	0,0	3,5
libanesisch	2.680	0,2	7,6
malaysisch	90	0,0	1,4
maledivisch	-	-	-
mongolisch	45	0,0	0,8
myanmarisch	50	0,0	2,1
nepalesisch	15	0,0	0,2
ohne Bezeichnung (Palästinensische Gebiete)	85	0,0	1,3
omanisch	-	-	-
pakistanisch	1.705	0,1	2,4
philippinisch	310	0,0	0,8
saudi-arabisch	25	0,0	1,1
singapurisch	20	0,0	0,8
sri-lankisch	1.935	0,2	8,9
syrisch	15.590	1,3	2,6
tadschikisch	85	0,0	1,1
taiwanisch	25	0,0	0,3
thailändisch	820	0,1	1,5
turkmenisch	160	0,0	4,4
usbekisch	1.135	0,1	10,8
vietnamesisch	3.170	0,3	3,1
von Timor-Leste	-	-	-
Australien, Ozeanien und Antarktis	90	0,0	0,5
davon			
australisch	60	0,0	0,5
fidschianisch	-	-	-
kiribatisch	5	0,0	12,2
marshallisch	-	-	-
mikronesisch	-	-	-
nauruisch	-	-	-
neuseeländisch	5	0,0	0,2
palauisch	-	-	-
papua-neuguineisch	-	-	-
salomonisch	5	0,0	10,2
samoanisch	-	-	-

Nationalität	Anzahl	Anteil in %	Quote 1) in %
tongaisch	-	-	-
tuvaluisch	10	0,0	37,0
vanuatuisch	-	-	-
ohne Angabe	845	0,1	3,5
staatenlos	1.285	0,1	25,9
ungeklärt	2.030	0,2	1,7

1) Berechnung mit der Bevölkerungszahl am 31.12.2023 auf Grundlage des Zensus 2011.

2) Europa ohne Angehörige von Staaten, die der Europäischen Union bzw. dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) und der Schweiz angehören.

X = (Ehemalige) Staatsangehörigkeiten werden in der Bevölkerungsstatistik nicht ausgewiesen.

© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2024

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.